

**Wortprotokoll 14. Sitzung des Gemeinderats Kreuzlingen der Amtsperiode 2019/2023  
21. Legislaturperiode****Donnerstag, 6. Mai 2021, 19.00 Uhr  
im Dreispitz Sport- und Kulturzentrum**

Anwesend	38 Mitglieder des Gemeinderats 5 Mitglieder des Stadtrats
Entschuldigt	GR Donati, GR Kuntzemüller
Absolutes Mehr	20
Später eingetroffen	–
Vorzeitig weggegangen	GR Lauber (21.04 Uhr)
Vorsitz	GRP Alexander Salzmann
Protokoll	Stadtschreiber Michael Stahl, Stefanie Frey

**Traktanden****Protokollgenehmigung**

1. Protokoll der Sitzung vom 11. März 2021

**Einbürgerungen gemäss Beilage**

2. Antenori, Emilio
3. Güler geb. Ayyildiz, Aysun / Güler, Aras / Güler, Denis Kayra
4. Semeraro, Mario
5. Wuhrer, Ulrike Maria

**Wahlen**

6. Ersatzwahl in die Kommissionen

**Informationen**

7. Bericht des GPK-Präsidenten

### **Botschaften**

8. Jahresbericht 2020 Stadt Kreuzlingen - Kenntnisnahme
9. Jahresrechnung 2020 Stadt Kreuzlingen
10. Geschäftsbericht 2020 Technische Betriebe - Kenntnisnahme
11. Jahresrechnung 2020 Technische Betriebe
12. Revision Rahmennutzungsplanung (Zonenplan und Baureglement)

### **Postulate**

13. Postulat Abgaben der Technischen Betriebe an das Gemeinwesen für die Nutzung von Grund und Boden im Bereich Erdgas / Begründung
14. Postulat Lohngleichheit für die Stadt Kreuzlingen / Begründung

### **Verschiedenes**

15. Schriftliche Anfrage betreffend KUH-BAG sammeln mit separater Sammeltour / Beantwortung
16. Verschiedenes

**Der Ratspräsident** begrüsst die Anwesenden zur heutigen Gemeinderatssitzung.

**Der Ratspräsident:** Es liegen keine schriftlich begründeten Einwände zu den Einbürgerungsanträgen vor.

### **Traktandenliste**

**Der Ratspräsident** stellt die Traktandenliste zur Diskussion.  
Die Traktandenliste wird stillschweigend genehmigt.

### **Protokollgenehmigung**

1. Protokoll der Sitzung vom 11. März 2021

### **Abstimmung**

Das Protokoll wird einstimmig genehmigt.

### **Einbürgerungen gemäss Beilage**

**Der Ratspräsident:** Es ist immer wieder eine grosse Freude, wenn wir Leute einbürgern und ihnen das Bürgerrecht der Stadt Kreuzlingen verleihen dürfen. Ich wäre froh, wenn die Personen, die wir heute in dieser Form ehren dürfen, kurz aufstehen würden.

2. Antenori, Emilio

### **Entscheid**

Antenori, Emilio wird das Bürgerrecht der Stadt Kreuzlingen erteilt.

3. Güler geb. Ayyildiz, Aysun / Güler, Aras / Güler, Denis Kayra

**Entscheid**

Güler geb. Ayyildiz, Aysun / Güler, Aras / Güler, Denis Kayra wird das Bürgerrecht der Stadt Kreuzlingen erteilt.

4. Semeraro, Mario

**Entscheid**

Semeraro, Mario wird das Bürgerrecht der Stadt Kreuzlingen erteilt.

5. Wuhrer, Ulrike Maria

**Entscheid**

Wuhrer, Ulrike Maria wird das Bürgerrecht der Stadt Kreuzlingen erteilt.

**Der Ratspräsident:** Ich gratuliere Ihnen ganz herzlich im Namen des Gemeinderats der Stadt Kreuzlingen zum Bürgerrecht der Stadt Kreuzlingen, was natürlich erst wirksam wird, wenn Sie auch das Thurgauer Bürgerrecht erhalten haben. Herzlich willkommen in unserer Stadt. Engagieren Sie sich, wir brauchen Sie.

**Wahlen**

6. Ersatzwahl in die Kommissionen

**Der Ratspräsident:** Die FDP/CVP/EVP-Fraktion schlägt Ihnen die Neuwahl des Einbürgerungspräsidenten gemäss der Beilage, die Sie erhalten haben, vor. GR Pia Donati hat sich entschieden, dieses Amt abzugeben. An dieser Stelle einen ganz herzlichen Dank an GR Pia Donati für ihr langjähriges Engagement als Einbürgerungspräsidentin. Sie wird weiterhin Mitglied der Kommission bleiben. Die FDP/CVP/EVP-Fraktion schlägt Ihnen das bereits bestehende Mitglied der EBK, GR Pleuler, zur Wahl als Präsident vor. Gibt es weitere Vorschläge? – Das ist nicht der Fall.

**Abstimmung**

Die Ersatzwahl wird mit 37 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung genehmigt.

**Der Ratspräsident:** Ich gratuliere GR Pleuler im Namen des Gemeinderats zur Wahl als Einbürgerungspräsident und wünsche ihm viel Befriedigung im neuen Amt.

**Informationen**

7. Bericht des GPK-Präsidenten

**GR Neuweiler:** Am 15. März haben wir das Parkhaus Hafnenbahnhof, das wird den meisten hier drin in lebhafter Erinnerung sein, nochmals behandelt. Wir haben von der Bauverwaltung verlangt, dass sie eine interne Beurteilung macht, warum es so herauskam, wie es herauskam. Ganz kurz: Die Idee zu diesem Parkhaus ist noch unter SR David Blatter geboren. Damals war der Bus noch im Ressort Dienste. Die Idee war, eine Buseinstellhalle und darüber ein bis zwei Parkdecks zu bauen – eine relativ einfache Geschichte. Dann kam der Rücktritt von SR Blatter und das Ressort wechselte auch noch. Das heisst, der Bus wechselte vom den Diensten zum Bau. In dieser einfachen Studie mit einer Kostenberechnung ging man von rund CHF 9 Mio. Erstellungskosten für ein einfaches Parkhaus aus. Laut Bauverwaltung

waren die Kosten den Wettbewerbsteilnehmern bekannt. Aber in den Wettbewerbsunterlagen selber gab es keine Kostenvorgabe. Bei den Beurteilungskriterien wurde das Hauptaugenmerk auf das Ortsbauliche und das Architektonische, das Nutzungskonzept, die Wirtschaftlichkeit und Nachhaltigkeit gelegt. Letztlich hatten laut Sandro Nöthiger von der Bauverwaltung die Teams einen Interpretationsspielraum, wie sie die Kriterien gewichten. Nachdem der relativ hohe Preis herauskam, war die Bauverwaltung der Überzeugung, dass mit diversen Sparmassnahmen der Preis noch wesentlich gesenkt werden kann. Nach Meinung der Bauverwaltung hatten sie nie das Gefühl, dass der Point of no Return überschritten sei. Was sind die Lehren daraus? Die Hauptursache liegt im Wettbewerb selber. Ich denke, zukünftig müssen wir uns überlegen, was wir überhaupt wollen, ob etwas einfach und funktional oder architektonisch hochstehend und schön sein soll. Da sind auch wir in der Politik gefragt. Zuerst die Exekutive. Die sollte sich überlegen, was wir machen. Und selbstverständlich sollte man vielleicht auch in der Diskussion im Gemeinderat mehr Wert darauflegen. Auch ein Kostendach in den Wettbewerbskriterien wäre eventuell vonnöten. Wenn man während des Prozesses extreme Kostenüberschreitungen hat und man diese feststellt, wäre vielleicht ein Projektunterbruch wünschenswert sowie eine Rückfrage bei den entsprechenden Gremien. Sandro Nöthiger von der Bauverwaltung hat auch gesagt, es könnte bessergehen. Wichtig ist, wenn etwas nicht gut gelaufen ist, dass man seine Lehren daraus zieht und es zukünftig bessermacht. Da denke ich, hat die Bauverwaltung die Konsequenzen draus gezogen und auch diese Analyse gemacht.

Am 24. August haben wir zwei Abgänge in der Verwaltung besprochen. Anwesend waren der Stadtpräsident sowie der zuständige Ressortleiter. Das wurde relativ ausführlich besprochen und diskutiert. Die GPK befand keine weiteren Massnahmen oder Untersuchungen für angezeigt. Wenn wir in der GPK Personelles besprechen, ist das Protokoll jeweils vertraulich. Im Anschluss bildeten wir eine Subkommission für die Ausarbeitung des Prüfplans der GPK. Mitglieder sind GR Gremlich, GR Huber, GR Portmann und der GPK-Präsident. Diese Subkommission traf sich am 21. September 2020. Wir erhielten relativ viele Unterlagen von der Revisionsgruppe der FRK und erstellten ein Arbeitspapier zuhanden der GPK, wie man den Prüfplan umsetzen will. Ab dem 2. November kam dann die zweite Coronawelle. Weil wir in der Kommission respektive zuhause Risikopatienten haben, fielen die nächsten beiden Sitzungen aus.

Am 15. März waren Caroline Leuch, die Kommunikationschefin der Stadt Kreuzlingen, sowie der Stadtpräsident in der Kommission anwesend und erläuterten die neue Kommunikationsstrategie der Stadt. Die Stadt hat folgende neue Instrumente vorgestellt: Grundsätze der Kommunikation der Stadt Kreuzlingen, Weisung interne Kommunikation, Krisenkommunikation, Weisungen zur externen Kommunikation, prozessinterne Kommunikation, wertvolle Kommunikationskultur für die Stadtverwaltung Kreuzlingen, Prozess externe Kommunikation und Weisung für die sozialen Medien. Neu ist die Stadt Kreuzlingen auf Facebook und Instagram tätig. Ob man da von sozialen Medien oder von neuen Medien sprechen kann, ist jedem persönlich überlassen. Aus der Kommission kamen Rückmeldungen, ob man in diesem Zusammenhang nicht noch ein Instrument einführen könnte, dass die Leute sich ein bisschen mehr beteiligen, auch an den politischen Prozessen in Kreuzlingen. Ich denke, das ist ein Thema, das alle Vereine, Parteien und sonstigen Institutionen beschäftigt, dass das Engagement für die öffentliche Hand längerfristig zu schwer wird. Eventuell gäbe es Apps oder Internetplattformen wie in Deutschland, wo man sich relativ einfach zu Problemen äussern oder Anregungen einbringen kann. Der Stadtpräsident hat diese Idee aufgenommen und wird die Möglichkeiten prüfen. Die erwähnten Papiere sind laut Stadtpräsident nicht öffentlich, aber wenn sich jemand vom Gemeinderat dafür interessiert, kann er sich beim Präsidium melden und erhält sie. In der Gesamt-GPK wurde das Arbeitspapier der Kommission besprochen und vorgestellt. Als Gast war Barbara Hummel von der Revisionsgruppe der FRK anwesend.

Gleichzeitig wurde in der Subkommission GR Gremlich durch GR Engeli ersetzt, damit alle Fraktionen gleichberechtigt darin vertreten sind. Am 26. April traf sich die Subkommission in der neuen Zusammensetzung und ging in die Detailplanung des Revisionsplans. Dieser wird an der nächsten GPK-Sitzung in der Gesamtkommission besprochen, diskutiert und hoffentlich verabschiedet, damit die GPK mit dem neuen Mittel des Revisionsplans zu arbeiten beginnen kann.

Das wär's soweit. Wie gesagt waren wir etwas verkürzt wegen der Corona-Situation. Aber es ist halt, wie es ist. Ich danke allen Kommissionsmitgliedern und auch den Leuten von der Stadt, die jeweils kommen müssen. Das ist vielleicht nicht immer einfach, weil in der GPK oftmals Sachen besprochen werden, die nicht so gut laufen, aber ich denke, wir haben stets einen guten Draht zueinander, und es wird sauber gearbeitet. Herzlichen Dank an alle.

### **Botschaften**

#### 8. Jahresbericht 2020 Stadt Kreuzlingen - Kenntnisnahme

Es werden keine Wortmeldungen gewünscht.

Der Jahresbericht 2020 der Stadt Kreuzlingen wird zur Kenntnis genommen.

#### 9. Jahresrechnung 2020 Stadt Kreuzlingen

**Eintreten** ist obligatorisch.

**GR Dufner:** Ich darf aus der FRK berichten, welche die Rechnung der Stadt beraten hat. Es ist eine erfreuliche Rechnung. Ihr konntet den Unterlagen entnehmen, dass wir einen Ertragsüberschuss von CHF 639'000 verbuchen konnten. Ich erinnere daran, budgetiert war ein Verlust von CHF 471'000. Die Rechnung schliesst also um CHF 1.1 Mio. besser ab als budgetiert. Wenn man es ein bisschen genauer anschaut, muss man sogar sagen, es ist ein hervorragendes Ergebnis, weil letztlich die Steuervorlage 17, wo es um die Unternehmenssteuerreform ging, welche bei einer Annahme durch das Volk einen erwarteten Ausfall von CHF 1.8 Mio. zur Folge hat, im Budget gar noch nicht berücksichtigt war. Hätte man diese im Budget berücksichtigt, hätten wir ein budgetiertes Defizit von CHF 2.2 Mio. gehabt. Daher sieht man jetzt, wie viel besser wir abschliessen konnten. Wieso waren wir so viel besser? Dafür möchte ich nur die drei wichtigsten Gründe nennen. Einerseits hatten wir im letzten Jahr tiefere Sozialhilfekosten von CHF 1.1 Mio. Auf der anderen Seite konnten wir CHF 700'000 mehr Grundstückgewinnsteuern einnehmen als budgetiert, und wir hatten einen Minderaufwand im Rahmen der individuellen Prämienverbilligungen, wo von den Kommunen entsprechende Beiträge bezahlt werden müssen. Dies hatte einen Minderaufwand von CHF 700'000 zur Folge. Allein diese drei Positionen ergeben eine Summe von CHF 2.5 Mio., die wir im Vergleich zum Budget besser waren. Dem stehen Steuermindererträge von CHF 2.1 Mio. gegenüber, zusammengesetzt aus den aus der Steuervorlage bereits erwähnten CHF 1.8 Mio. sowie allgemeinen Steuermindererträgen von rund CHF 300'000. Im Rahmen der Vorstellung der Rechnung wurden wir von Thomas Knupp darauf hingewiesen, dass betreffend Neubewertungen die Übergangsfrist von HRM2 vorbei ist. Bisher konnten wir Neubewertungsverluste der Neubewertungsreserve belasten, neu werden sie der Erfolgsrechnung belastet werden müssen und sich somit erfolgswirksam auswirken. Bei den Investitionen wurden CHF 9.6 Mio. netto investiert, budgetiert waren CHF 31.6 Mio. Es konnte also nur knapp ein Drittel der geplanten Investitionen umgesetzt werden. Die Gründe sind bekannt, insbesondere, weil das Stadthausprojekt, was einen grossen Teil der budgetierten Investitionen ausgemacht hätte, blockiert war. Das Nettovermögen der Stadt beträgt CHF 42.8 Mio. Wir stehen also super gut da und haben notwendige Reserven. Der Stadtrat beantragt, das Ergebnis der CHF 640'000 Ertragsüberschuss auf die neue Rechnung vorzutragen. Einerseits weil man aufgrund der Corona-Situation damit rechnet, dass zeitlich verschoben 2021 weitere Steuermindererträge zu konstatieren sein werden und weil sich voraussichtlich auch die Situation bei den Sozialausgaben bemerkbar machen wird. Auch hier werden sich die Folgen der Pandemie erst im laufenden Jahr auswirken, sodass höhere Sozialausgaben als budgetiert bereitgestellt und ausgegeben werden müssen. Im Rahmen der Diskussion wurde eine Frage zur Schule mit Tagesstruktur gestellt. Es war ersichtlich, dass diese weniger beansprucht wurde. Die Frage war wieso. Es wurde darauf hingewiesen, dass entgegen dem, was man im Rahmen des Budgetprozesses gerechnet hatte, viel mehr

Familien, nämlich 40 % der Kinder, den Maximaltarif bezahlen, was sich entsprechend positiv auswirkt. Eine weitere Frage und Diskussion ergab sich zur Minderaufwandposition beim Personal. Hier war der Aufwand CHF 300'000 tiefer als budgetiert. Die Frage war, wie das zustande kommt, ob das Einsparungen sind oder ob dies mit Kurzarbeitsentschädigung begründet sei. Wir wurden klar darauf hingewiesen, dass die öffentliche Hand keine Kurzarbeitsentschädigung erhalte und dass auch vonseiten der Stadt aus niemand in Kurzarbeit war. Der Grund liegt in den Einsparungen. Eine Bemerkung gab es im Zusammenhang mit der Steuerbelastung in Kreuzlingen, insbesondere vor dem Hintergrund der guten Ergebnisse, nämlich, dass Kreuzlingen im Bereich der G6, also der grössten Gemeinden im Kanton Thurgau (Arbon, Romanshorn, Kreuzlingen, Amriswil, Frauenfeld und Weinfelden), bei der Gesamtsteuerbelastung auf dem 1. Platz liegt. Dies dank der Primarschule und der Oberstufenschule. Betrachtet man allein den Steuerfuss der politischen Gemeinde, ist Kreuzlingen die drittteuerste Gemeinde. Teurer sind nur noch Arbon und Romanshorn. Dazu wurde darauf hingewiesen, man solle sich bei der politischen Gemeinde Kreuzlingen also nicht auf den Lorbeeren der beiden Schulgemeinden ausruhen, sondern man solle das aktiv angehen, indem man entweder die Steuern senkt oder verstärkt spart. Wir wurden orientiert, dass auch Negativzinsen für die Stadt Kreuzlingen je länger desto mehr ein Problem werden. Im Unterschied zu früher, wo man bei mehr als CHF 30 Mio. 0.75 % bezahlen musste, muss man heute ab dem ersten Franken 0.3 % bezahlen und ab CHF 25 Mio. 0.75 %. Weil man als Stadt aber eine gewisse Liquidität braucht, kommt man gar nicht darum herum, Negativzinsen zu bezahlen, was auch im nächsten Budget abgebildet werden muss. Im Rahmen der Parkplatzbewirtschaftung wurden wir darauf hingewiesen, dass wir als Folge der Corona-Krise einen Minderertrag von CHF 800'000 haben. Im normalen Jahresdurchschnitt nimmt die Stadt durch Parkplatzbewirtschaftung rund CHF 1.7 – 1.8 Mio. ein, welche dann der Spezialfinanzierung zugeschrieben werden können. 2020 war es nur CHF 1 Mio. Eine Frage wurde zur Kontogruppe 0120 gestellt, wofür die CHF 83'000 für Honorare und Gutachter gewesen seien. Es wurde darauf hingewiesen, dass die grössten Posten das Leitbild, die Smart-City-Strategie und die Gutachten im Zusammenhang mit der Initiative zur Festwiese waren. Eine weitere Frage gab es zu den Fremdplatzierungen im Zusammenhang mit Kinder- und Jugendheimen. Die Kosten für Fremdplatzierungen stiegen von CHF 1.4 Mio. auf CHF 1.7 Mio., obwohl die Zahl der Fremdplatzierungen von 23 auf 21 Fälle sank. Hier ist zu berücksichtigen, ob jemand privat untergebracht werden kann oder in einem Heim untergebracht werden muss. Die Stadt hat dabei allerdings keine direkte Einflussnahme. Normalerweise werden diese Fremdplatzierungen über Gerichte oder die KESB angeordnet, die Stadt ist lediglich für den Vollzug zuständig.

In der FRK-Sitzung wurden wir von der Revisionsgruppe über die Ergebnisse ihrer Tätigkeit orientiert. Vorgängig erhielten wir auch den Bericht der BDO, der externen Revisionsstelle. Beide haben übereinstimmend festgestellt, dass alles in bester Ordnung ist, sowohl in der Stadt als auch in der Rechnung der Technischen Betriebe. Die beiden Revisionsinstanzen haben beiden Institutionen und Finanzabteilungen ein gutes Zeugnis ausgestellt und auch die gute Zusammenarbeit im Rahmen der Revisionen hervorgehoben. Beide Revisionsinstanzen haben zuhanden der FRK die Empfehlung zur Annahme der beiden Rechnungen abgegeben. Dem folgte die FRK und beschloss einstimmig, dem Gemeinderat die Rechnung der Stadt Kreuzlingen zur Annahme zu empfehlen. Ich schliesse mit dem besten Dank an die Finanzabteilung und das ganze Team für die Arbeit und die immer gute Auskunft, die wir in der FRK bekommen, insbesondere auch unter der Leitung von Thomas Knupp, der uns immer gut und detailliert orientiert, wenn wir Fragen haben.

**GR Portmann:** Die FDP/CVP/EVP-Fraktion wurde durch den FRK-Präsidenten Thomas Dufner genauso gut informiert, wie wir jetzt auch hier heute Abend informiert worden sind. Wir haben das Ganze angeschaut, wir sind mit diesem positiven Ergebnis von rund CHF 600'000 wohl mit einem blauen Auge weggekommen. Dies ist auch der Grund, warum die FDP/CVP/EVP-Fraktion der Rechnung einstimmig zustimmt.

**GR R. Herzog:** Im Namen der SP/GEW/JUSO-Fraktion möchte ich mich kurz zur Rechnung der Stadt Kreuzlingen äussern. Die Rechnung schliesst, wie wir bereits gehört haben, allen Widrigkeiten zum Trotz deutlich besser ab als budgetiert. Die Zahlen wurden bereits genannt. Gegenläufige Tendenzen und Budgetabweichungen nach oben und nach unten haben zu diesem Resultat geführt. Geringere

Sozialausgaben einerseits, tiefere Steuererträge andererseits als Beispiele. Bei den juristischen Personen sind wir letztlich mittlerweile bei einem historischen Tief gelandet, und zwar klar nicht coronabedingt. Grundsätzlich ist der Finanzhaushalt der Stadt Kreuzlingen weiterhin als sehr gesund einzustufen. Das ist erfreulich. Was unserer Fraktion allerdings zu denken gibt, ist die Entwicklung der Investitionstätigkeit. Leider hat in letzter Zeit eine richtiggehende Blockadepolitik um sich gegriffen. Jedes Projekt hat Stärken und Schwächen, das sind wir uns bewusst, wenn aber ein Projekt nach dem anderen hinterfragt, kritisiert, oft sogar verhindert wird, ist das alles andere als nachhaltig. Wir müssen als aktive Generation, als politische Entscheidungsträger auch die Verantwortung wahrnehmen für die nächste Generation und anstehende Investitionen ermöglichen und tätigen. Es ist unsere Pflicht, der nächsten Generation nicht nur gesunde städtische Finanzen – das ist schön und auch wichtig – zu hinterlassen, sondern auch eine attraktive, lebendige und lebenswerte Stadt. Dazu gehört eine angemessene Infrastruktur, welche die Bedürfnisse der Bevölkerung, und zwar aller Bevölkerungsteile, abdeckt. Wir sind aktuell gerade dabei, der nächsten Generation mehr Planungsleichen zu hinterlassen als realisierte, mutige Investitionen. Aus diesem Grove müssen wir wiederherauskommen. Mutige Investitionen sind nicht nur Strassen, sondern auch Kultureinrichtungen, Sporteinrichtungen, Freizeitanlagen, eine angemessene Verwaltungsinfrastruktur und vieles weitere.

Lassen Sie mich noch kurz etwas zur Thematik Vergleich der Steuerfüsse sagen. Insgesamt top im Kanton Thurgau, wenn man die grossen Gemeinden vergleicht. Wir haben gehört, der städtische Steuerfuss, also die politische Gemeinde sei allerdings nicht so gut positioniert. Mit solchen Vergleichen sollten wir vorsichtig sein, diese hinken nämlich ganz gewaltig. Der Vergleich ist ausserordentlich heikel, und zwar aus folgenden Gründen: Wenn man so einen Vergleich machen würde, Schulgemeinden super, politische Gemeinde weniger super, dann müsste man schon auch genau untersuchen, was man miteinander vergleicht. Verteilen zum Beispiel die politischen sowie die Schulgemeinden in den anderen fünf angesprochenen Gemeinden ihre Aufgaben untereinander gleich? Oder sind Aufgaben wie zum Beispiel Schule mit Tagesstruktur und vieles andere allenfalls in anderen Gemeinden zwischen der Schulgemeinde und der politischen Gemeinde anders aufgeschlüsselt? Da müsste man ganz genau schauen, was man wirklich miteinander vergleicht, bevor man irgendwelche kurzsichtigen Schlüsse zieht und sagt, die politische Gemeinde ist zu hoch im Steuerfuss. Man muss noch etwas Anderes berücksichtigen. Die Schulgemeinden, namentlich Oberstufenschulgemeinden und die politischen Gemeinden sind an vielen Orten nicht deckungsgleich. Das wissen wir aus eigener Erfahrung. Unsere Oberstufenschulgemeinde deckt sich flächenmässig nicht mit der politischen Gemeinde. Auch das müsste man in so einem Vergleich berücksichtigen, bevor man irgendwelche Rückschlüsse zieht. Also da bitte sehr vorsichtig mit solchen Sachen umgehen. Ich glaube, da ist man auf sehr dünnem Eis, wenn man einfach zum Schluss kommt, die politische Gemeinde sei zu teuer und richtig machen es nur die Schulgemeinden. Letztlich kommt es nicht darauf an, über welches Kässeli es finanziert wird, am Schluss ist die gesamte Steuerbelastung entscheidend, und da sieht es wie bereits erwähnt gut aus. Mir bleibt, den Verantwortlichen für die Rechnung und die Finanzen der Stadt, aber ganz besonders auch allen städtischen Angestellten den besten Dank für den Einsatz während des ganzen Jahres zum Wohl der Stadt auszudrücken. Unsere Fraktion wird der Rechnung einstimmig zustimmen.

**GR Wolfender:** In der FL/G-Fraktion haben wir die vorliegende Rechnung eingehend diskutiert. Wir sind erfreut darüber, dass die Stadt trotz der Steuerreform und der unsicheren Lage bezüglich Corona im Plus abschliessen konnte. Letzteres wird uns aber im Budget für 2022 und in der Rechnung von 2021 doch noch sehr beschäftigen. Nicht zuletzt, weil das gute Ergebnis von 2020 fast durch Positionen entstanden ist, die wir kaum beeinflussen können. Trotzdem sind wir froh, dass unsere Stadt immer noch Spielraum hat, um die drohende finanzielle Krise nach der pandemischen Krise stemmen zu können. Die FL/G-Fraktion ist einstimmig für die Annahme dieser Rechnung.

**GR Hummel:** Auch wir finden es eigentlich erfreulich, wie die Jahresrechnung ausgefallen ist. Besser als erwartet und in Anbetracht dessen, dass man die Revision der Unternehmenssteuer noch nicht budgetiert hatte, ist das eigentlich ein gutes Resultat. Aber ebenfalls erfreulich ist die Tatsache, dass die Sozialhilfekosten deutlich unter Budget und unter Vorjahr liegen. Hier muss ich ein bisschen widersprechen. Das kann man ein bisschen beeinflussen, das hat man auch gemacht. Die Fallzahlen haben zwar abgenommen, aber man sieht auch, dass die Leute vom Jobcoaching versuchen, die Leute wieder in den Arbeitsprozess zu integrieren und vermehrte Anstrengungen von Rückforderungen von Leistungen Früchte getragen haben. Das freut uns sehr. Die Kennzahlen zeigen, dass das Gesamtergebnis durchaus fast überall weniger positiv ausgefallen ist als im Vorjahr. Die Stadt Kreuzlingen hat zwar ein komfortables Polster an Eigenkapital, aber auf der anderen Seite bestehen auch Verpflichtungskredite von CHF 95 Mio. Was coronamässig noch auf uns zukommen wird, wird uns wahrscheinlich noch ein paar Jahre beschäftigen und das wird auch nicht wahnsinnig toll werden. Wir danken den Mitarbeitenden der Stadtverwaltung für ihren Einsatz im vergangenen Jahr, insbesondere der Finanzabteilung der Stadt und Thomas Knupp für die saubere Aufbereitung der aussagekräftigen Zahlen. Unsere Fraktion ist einstimmig für die Annahme der Rechnung.

**Materielle Beratung** – die Botschaft wird seitenweise durchberaten

### **Kapitel 15 Fiskalertrag**

**GR Knecht:** Hier muss ich noch einmal die Sozialdemokratie zu Wort kommen lassen. Und zwar geht es um die Tabelle und diese Grafik. In Kreuzlingen sind 1'571 Unternehmen ansässig, die fast 12'000 Vollzeitstellen beschäftigen. Das ist unbestritten wichtig für unsere Stadt. Die Firmen nutzen auch die Kreuzlinger Infrastruktur. Sie fahren zum Beispiel auf unseren Gemeindestrassen, im Ernstfall rufen sie die Feuerwehr an, sie nehmen Dienstleistungen der Bauverwaltung in Anspruch und vor allem sie profitieren von unserem Standortmarketing. Sowohl die natürlichen wie auch die juristischen Personen sind auf solide Strukturen in der Stadt Kreuzlingen angewiesen, die durch Steuergelder finanziert werden. Von den 2020 eingenommenen Steuergeldern kommen weniger als CHF 3 Mio. von den Kreuzlinger Unternehmen. Die Tendenz ist seit Jahren abnehmend, der Stand, GR Herzog hat es gesagt, ist historisch tief. Und das notabene in einer Zeit einer guten wirtschaftlichen Lage. Die jüngste Unternehmenssteuerreform hat dazu beigetragen, dass 2020 nochmals ein deutlicher Sprung nach unten passiert ist. Das schwindende Steuersubstrat der juristischen Personen steht in keinem Verhältnis zu den Leistungen, die unsere ortsansässigen Unternehmen von der Stadt beziehen. Man könnte also sogar von einer Nichtbesteuerung der Firmen sprechen. Mit diesem Problem steht die Schweiz nicht allein da. Der amerikanische Präsident Joe Biden hat vergangene Woche vor dem Kongress davon gesprochen, dass die grössten Unternehmen in Amerika keine Bundeseinkommenssteuer bezahlen, während sie gleichzeitig grosse Gewinne schreiben. "And that's not right", hat er gesagt. Es ist schön, in Zeiten zu leben, wo man den US-Präsidenten in einem positiven Kontext zitieren kann. Zukünftige Steuerreformen sollen dazu führen, dass Unternehmen einen fairen Anteil bezahlen und helfen, die öffentlichen Investitionen zu finanzieren, von denen ihre Geschäfte genauso profitieren wie auch die Privatpersonen. Zurück von Amerika zu uns nach Kreuzlingen. Unsere Stadt soll ein qualitativ guter Ort zum Leben und zum Arbeiten sein. Das finanzieren bei uns im Moment vor allem die Privatpersonen. Dieses Ungleichgewicht der Steuerlast können wir auf kommunaler Ebene leider nicht korrigieren, da sind unsere Parlamentarier/-innen auf der übergeordneten Ebene gefordert. Was wir in der Stadt machen können ist, auch in Zukunft darauf zu achten, dass unsere Fiskalerträge für Investitionen eingesetzt werden, die denen zugutekommen, die dafür bezahlen. Und das sind die Einwohner/-innen von Kreuzlingen.

**GR Schulthess:** Als Mitglied des Bundes der Steuerzahler kann ich dieses Votum nicht unwidersprochen lassen, möchte es aber bei zwei Zeilen belassen. Die Unternehmenssteuern als Einkommen einer Gemeinde allein zu betrachten, greift ein bisschen kurz. In diesen Unternehmen arbeiten Leute, deren Löhne besteuert werden, und das wiederum sind Einkommen der Gemeinde. Selbstverständlich sind Löhne von Arbeitnehmenden Steuersubstrate in der Stadt, die ursprünglich von einer Unternehmung verdient und ausbezahlt worden sind. Dazu gibt es noch weitere Sachen wie Mehrwertsteuern und so

weiter. Wie versprochen, will ich hier nicht zu lang werden. Man könnte jetzt auch zum Thema Nutzen der Verkehrsinfrastruktur in der Stadt relativ lang werden, wo unsere Unternehmen doch einiges zu leiden haben. Das wäre nicht ein Punkt, auf den wir allzu stolz sein können. Letztlich ist auch Standortförderung etwas, wovon die Unternehmen profitieren, die noch nicht hier sind. Allenfalls auch noch die Stadt und für Neuzuzüger, aber die Bestehenden sind da sicher nicht bei den Profitierenden. Einfach dass das nicht allzu einseitig dargestellt wird.

**Rückkommen** wird nicht gewünscht.

### **Abstimmung**

Die Jahresrechnung 2020 der Stadt Kreuzlingen wird einstimmig genehmigt.

## 10. Geschäftsbericht 2020 Technische Betriebe - Kenntnisnahme

**Der Ratspräsident:** Über den Jahresbericht der Technischen Betriebe stimmt der Gemeinderat nicht ab. Wir nehmen ihn lediglich zur Kenntnis.

**SR Beringer:** In den Unterlagen, die ihr im Zusammenhang mit der Jahresrechnung und dem Jahresbericht der Technischen Betriebe erhalten habt, konntet ihr feststellen, dass im Geschäftsbericht nicht alles so war, wie es sollte. Es fehlten Bilder. Das hat seinen guten Grund. Bei der Tischvorlage habt ihr jetzt den korrekten Geschäftsbericht, dort sind alle Bilder drin. Warum ist das so? Am letzten Montag haben die Technischen Betriebe einen Namenswechsel vorgenommen. Seit dem letzten Montag heissen wir nicht mehr Technische Betriebe Kreuzlingen, sondern Energie Kreuzlingen. Warum ist das so? Ich fange mit einem Zitat an, das ich im Zusammenhang mit dem letztjährigen Rebranding von VW gefunden habe. "Bei Marken ist es wie bei Menschen. Sie müssen sich im Zeitverlauf weiterentwickeln, um attraktiv zu bleiben." Dieses Zitat hat mich bewegt, und ich hatte das Gefühl, das ist genau richtig, denn wir haben bei einem Kundenmonitoring herausgefunden, dass die Leute gar nicht wissen, was die Technischen Betriebe oder jetzt Energie Kreuzlingen überhaupt machen. Was machen wir überhaupt? Die Umfrage hat gezeigt, wir bauen langlebige Leitungen, wir bauen langlebige Anlagen, wir bauen langlebige Zählersysteme. Das ist das, was man mit uns identifiziert. Aber das ist längst nicht alles. Am 11. März 2011 haben ein Tsunami und ein Erdbeben die ganze Energiewelt erschüttert und für neue Sachen bewegt. Seither ist ein gewaltiger Umbruch im Gang. Der ökologische Wandel, auch Energiewende genannt, ist begleitet von einem rasanten technischen Fortschritt. In diesem Umfeld setzt sich Energie Kreuzlingen wie auch andere Unternehmen, die für die Versorgung zuständig sind, auseinander. Wir haben ganz viele neue Aufgaben erhalten. Wir sind nicht nur der Stromlieferant und der Verkäufer von Strom und Gas, sondern wir sind auch die, die die Leute beraten, wie sie sparen können. Die fossilfreien Energien wie Gas und Wasser sind gefragter denn je. E-Mobilität ist ein riesiges Thema, mit dem wir uns heute auch befassen. Was passiert mit Elektrofahrzeugen? Wo werden diese künftig aufgeladen? Kann man in einer Tiefgarage, die schon 20-jährig ist, überhaupt solche Ladesysteme einrichten? Mit solchen Fragen kommen die Kunden zu uns und wollen sich informieren. Weitere grosse Themen sind Smart Meter und Geodatenmanagement. Alles neue Technologien, die dazugekommen sind. Das hat uns bewegt, auch ein Rebranding zu vollziehen, damit wir auch wieder ein bisschen frischer werden, mehr Leute ansprechen können, was man auch sieht, wenn man nun den Geschäftsbericht anschaut mit den Wellen, das ist auch ein neuer Marketingauftritt, der eine prägnante Marke symbolisiert. Die grünblauen Wellen symbolisieren ökologisches Verantwortungsbewusstsein und eine frische Brise durch die ganzen Kampagnensujets. Es ist ein neues Branding zusammen mit einem neuen Auftritt auch im Geschäftsbericht, das ist die neue Energie Kreuzlingen.

**GR Brändli:** Die Kollegen Knecht und Schulthess haben sich vorhin über die Fiskalerträge ausgelassen. Es ist ganz klar, Arbeit gibt es in Kreuzlingen, wenn Aufträge erteilt werden. Daraus haben die Mitarbeitenden ihren Lohn, der Chef, wenn es gut geht, seinen Gewinn und daher bitte ich die Stadt und auch die Technischen Betriebe, die Gestaltung inskünftig an eine ortsansässige Firma und nicht auswärts zu vergeben. Das einzige, was dort zurückfliesst, ist vielleicht einmal ein Kaffee in einem Restaurant, aber mehr fliesst da nicht zurück. Wir in Kreuzlingen haben sicher sehr gute Firmen, die im Gestaltungswesen tätig sind.

Der Geschäftsbericht 2020 der Technischen Betriebe wird zur Kenntnis genommen.

## 11. Jahresrechnung 2020 Technische Betriebe

**Eintreten** ist obligatorisch.

**GR Dufner:** Wir haben in der FRK die Rechnung der Energie Kreuzlingen auch sehr intensiv beraten, waren aber schneller durch als bei der Stadtrechnung. Wieso? Wir konnten einen grösseren Ertragsüberschuss von CHF 2.8 Mio. verbuchen. Die grössten Posten waren im Strombereich ein Plus von CHF 1 Mio., im Gasbereich ein Plus von CHF 1.4 Mio. Dort hatten wir etwas mehr Absatz, hatten aber auch Glück mit dem Eurokurs, der im Vergleich zum Budget zu unseren Gunsten war. Bei den Dienstleistungen realisierten wir Mehrerträge von rund CHF 300'000 als budgetiert. Sogar das Wasser war besser, obwohl man auf den ersten Blick meint, es sei negativ mit minus CHF 18'000, aber budgetiert war ein Minus von CHF 365'000. Also war auch der Wasserbereich besser, als nach Budget gerechnet worden war. Bei den Investitionen haben wir ein etwas besseres Ergebnis als bei der Stadt. Netto wurden CHF 5.6 Mio. investiert, budgetiert waren CHF 11.2 Mio., das sind exakt 50 %. Bei der Stadt haben wir vorhin gehört, war es nur knapp ein Drittel. Der Stadtrat beantragt, das positive Ergebnis spartengerecht auf die neue Rechnung vorzutragen. Im Rahmen der Diskussion gab es nur ganz wenige Fragen, nur zwei, die sich hier zu erwähnen lohnen. Eine Frage betraf den Stromeinkauf. Hier ist es so, dass seit Anfang dieses Jahres vorgeschrieben ist, dass eine öffentliche Ausschreibung stattfinden muss. Bei Energie Kreuzlingen ist man der Meinung, dass eine Beschaffung am Markt dem gleichwertig ist, was aber noch rechtlich genau abgeklärt werden muss. Diese Abklärungen sind am Laufen. Im Zusammenhang mit der Preiserhöhung beim Wasser, welche auf Anfang 2020 vorgesehen war, wurden wir orientiert, dass das Verfahren beim Preisüberwacher immer noch hängig ist. Dieser hat die Situation beim Zweckverband Wasserversorgung Region Kreuzlingen hinterfragt, worauf die Energie Kreuzlingen als Zwischenlösung eine Eingabe machte, die Tarife um 9 % und die Grundgebühren um 14 % zu erhöhen. Auf Nachfrage konnte man feststellen, dass der Preisüberwacher dagegen keine Einwände hat. Das wird von der Energie Kreuzlingen wahrscheinlich im Lauf des Monats Mai offiziell kommuniziert werden können. Vor diesem Hintergrund hat die FRK einstimmig beschlossen, dem Gemeinderat die Genehmigung der Jahresrechnung zu empfehlen inklusive der beantragten Gewinnverwendung spartenbezogen. Auch hier einen herzlichen Dank an die Finanzabteilung der Technischen Betriebe mit dem ganzen Team unter der Leitung von Susi Bergsteiner. Sie führt uns immer durch die weiss Gott nicht sehr einfache Materie im Bereich der verschiedenen Werkzeuge, sodass wir am Schluss das Gefühl haben, wir kommen ein bisschen draus.

**GR R. Herzog:** Die SP/GEW/JUSO-Fraktion wird der Rechnung der Technischen Betriebe Kreuzlingen 2020, damals hiessen sie schliesslich noch so, einstimmig zustimmen. Die Abweichungen zum Budget sind wie gewohnt gut begründet und liegen in Bereichen, die zugegebenermassen schwer prognostizierbar und oft auch fremdgesteuert sind. Absatzmengen und Beschaffungspreise sind zum Budgetierungszeitpunkt nicht genau planbar, ebenso wenig der Eurokurs, der gerade für die Sparte Gas sehr prägend ist. Die Rechnung wurde in gewohnt hoher Qualität erstellt und präsentiert. Dafür bedanken wir uns bei allen Verantwortlichen von Energie Kreuzlingen. Am näheren und weiteren Horizont sind einige grössere Investitionsprojekte anstehend. Reservoir Mösli, Seewasserwerk, Verwaltungsgebäude, Lagerhalle, das wurde hier im Rat schon diverse Male angekündigt und diskutiert. Vor diesem

Hintergrund ist es wichtig und erfreulich, dass Energie Kreuzlingen finanziell grundsolid dasteht und gut gerüstet ist, die täglichen betrieblichen Herausforderungen, auch die Digitalisierung und die finanziellen Erfordernisse im Griff zu haben. Wir vertrauen Energie Kreuzlingen und bedanken uns für die tägliche Arbeit und Versorgungssicherheit, die sie uns in den letzten Jahren stets bieten, und wir sind sicher, dass das auch in den nächsten Jahren so sein wird.

**GR Wolfender:** Die Rechnung der Technischen Betriebe Kreuzlingen, so hiessen sie zumindest letztes Jahr noch, gab bei uns in der FL/G-Fraktion nicht viel zu diskutieren. Trotz weniger Absatz beim Strom und teureren Einkaufspreisen haben sie mehr verdient und beim Gas trotz höherem Verbrauch und grösserem Einkauf, aber gutem Eurokurs ebenfalls mehr verdient. Ein Punkt, der aber regelmässig auftaucht, sind die nicht besetzten Stellen mit dem Vermerk, dass man keine geeigneten Fachkräfte findet. Ich weiss, dass die TBK bereits auf vielen Stufen Schulungen anbietet, und es wird sich sicher lohnen, in Zukunft noch mehr Energie in die Ausbildungen hineinzustecken. Ganz getreu dem neuen Logo. Die FL/G-Fraktion ist einstimmig für die Annahme der Rechnung der TBK.

**GR I. Herzog:** Auch wir in der SVP-Fraktion haben die Rechnung der TBK besprochen. Dabei wurden bei uns auch die Meinungen der FRK sowie der Kommission Technische Betriebe einbezogen. Das Gesamtergebnis, wir haben es schon gehört, liegt mit einem Ertragsüberschuss von rund CHF 2.8 Mio. über dem Budget 2020, was als sehr erfreulich bezeichnet werden kann. Die Sparten, welche für dieses positive Ergebnis verantwortlich sind, sind vorab die Sparte Elektrizität und Gas, das haben wir alles schon gehört. Auch wie es zu diesem sehr guten Resultat gekommen ist, möchte ich nicht wiederholen. Was auch uns in der Fraktion noch ein bisschen länger beschäftigt hat, haben wir auch bereits gehört. Das Problem, dass zu wenig qualifizierte Mitarbeiter im Bereich Netzbau, Netzzunterhalt rekrutiert werden können, was dazu führt, dass dort Stellen unbesetzt bleiben. Wichtig für uns ist, dieser Tatsache jetzt entgegenzuwirken und zusätzliche Ausbildungsplätze anzubieten, wodurch Lehrlinge die Option erhalten können, vorerst im Betrieb der TBK weiterzuarbeiten. Aktuell ist auch die Revision im Gang, wobei die Entschädigung von Pikettdiensten durchleuchtet wird, was auch zu einer Attraktivitätssteigerung dieser Berufe verhelfen könnte. Wir von der SVP-Fraktion sind einstimmig für die Annahme der Rechnung der Technischen Betriebe.

**GR Portmann:** Auch bei uns wurde die Rechnung der Energie Kreuzlingen oder der Technischen Betriebe Kreuzlingen diskutiert und angeschaut. Schauen wir rasch zurück auf die Technischen Betriebe. Man hat festgestellt, das Ergebnis ist natürlich phänomenal, aber es ist auch ein grosser Teil gebührenfinanziert. Wenn man es heutzutage gebührenfinanziert hat, sollte man eigentlich die Gebühren, die man einnimmt, auch wieder mal investieren und nicht über Jahre grosse Millionengewinne, die in den letzten X Jahren angehäuft wurden, dort drin verschwinden lassen. Wenn die Gewinne so hoch sind, müsste man sich eigentlich fragen, ob wir die Gebühren senken müssten, aber das lassen wir jetzt mal beiseite. Denn jetzt haben wir ja Energie Kreuzlingen und dann hoffen wir auch, dass die Energie Kreuzlingen in Zukunft mit Energie, Elan und voll Power dahinter geht, wobei wir dann aus meiner Sicht ein bisschen Angst haben müssen. Die Technischen Betriebe sind verschwunden, vielleicht geht dann die eine oder andere Strassenlaterne nicht mehr, die man als normaler Bürger hier in der Energie drin nicht findet. Das war eine Rückmeldung, die ich im Geschäft erhielt. Aber auch die FDP/CVP/EVP-Fraktion wird dem Ergebnis, welches ein tolles Ergebnis ist, aber auch ein bisschen begutachtet werden muss wegen der Gebührenfinanzierung, einstimmig zustimmen.

**GR Rüegg:** Nur ganz kurz, ich reagiere nur auf das, was gerade gesagt wurde wegen Geld auf die Seite legen bei den Technischen Betrieben. Wir wissen alle, dass die Technischen Betriebe vor grösseren Investitionen stehen. Wo auch immer diese stattfinden werden, diese kosten ein paar Millionen, dafür muss man Geld zur Seite legen. Daher bin ich der Meinung, dass Polster, soweit es vorhanden ist, ist am rechten Ort und braucht es auch. Dasselbe gilt auch für die Stadt, die auch Investitionen vor sich hat. Und nur, weil jetzt das eine oder andere Projekt nicht sofort realisiert werden kann, heisst das nicht, dass man in den nächsten Jahren nicht investieren muss. Also Gebührenreduktionen und Steuerfussreduktionen meine ich, stehen nicht im Vordergrund.

**Materielle Beratung** – keine Wortmeldungen

**Rückkommen** wird nicht gewünscht.

### **Abstimmung**

Die Jahresrechnung 2020 der Technischen Betriebe Kreuzlingen wird einstimmig genehmigt.

## 12. Revision Rahmennutzungsplanung (Zonenplan und Baureglement)

**Der Ratspräsident:** Nach § 31 Abs. 2 PBG hat der Stadtrat über die Einsprachen zur Rahmennutzungsplanung (Zonenplan und Baureglement) zu entscheiden. Für den Erlass der Rahmennutzungsplanung ist demgegenüber der Gemeinderat zuständig, zum Beispiel mit einem Beschluss von heute. Der Beschluss untersteht dem fakultativen Referendum. Nach § 29 PBG sind neue und abgeänderte Rahmennutzungspläne während 20 Tagen öffentlich aufzulegen. Die Auflagen der neuen Rahmennutzungsplanung gemäss heutigem Stand erfolgten in der Zeit vom 6. bis 25. September 2019 und vom 6. bis 25. November 2020. Im Gegensatz zu anderen Reglementen, welche der Gemeinderat jeweils berät und beschliesst, muss die Rahmennutzungsplanung vor dem Erlass durch den Gemeinderat jeweils öffentlich aufgelegt werden. Aus diesem Grund kann an der heutigen Gemeinderatssitzung keine Änderung von einzelnen Vorschriften oder Zonierungen beschlossen werden, da dies eine weitere öffentliche Auflage der Änderung bedingen würde. Eine Änderung der Rahmennutzungsplanung müsste somit mittels Rückweisung der vorliegenden Botschaft bei gleichzeitiger Erteilung eines klaren Auftrags zur Anpassung der Unterlagen erfolgen.

Noch kurz zum Thema Ausstand: Wir haben das abklären lassen. Gemeinderatsmitglieder müssen nicht in den Ausstand treten, wenn sie aufgrund der vorliegenden Botschaft – zum Beispiel als Eigentümer eines Grundstücks – besonders betroffen sind. Auch dann nicht, wenn sie Einsprache erhoben haben. Der Ausstand gilt nur für den Fall, dass ein Änderungsantrag eingebracht wird, der sich thematisch mit der Einsprache des entsprechenden Gemeinderatsmitglieds überschneidet. In diesem Fall müsste man für diesen Antrag in Ausstand.

**Eintreten** ist unbestritten.

**GR Brändli:** Im Namen der Spezialkommission Ortsplanungsrevision darf ich über die vorliegende Botschaft Revision Rahmennutzungsplanung, also Zonenplan und Baureglement, berichten. Einfach gleich vorweg: Das vorliegende Baureglement ist nicht sakrosankt. Oder anders ausgedrückt, es ist nicht in Stein gemeisselt. Sollte sich zukünftig herausstellen, dass gewisse Bestimmungen nicht vollständig, nicht klar umschrieben oder schlichtweg nicht zielführend sind, kann der Gemeinderat das Baureglement jederzeit im Zug einer Teilrevision anpassen. Das zeigen auch Erfahrungen von Gemeinden, die diesen Prozess schon viel früher durchgemacht haben als Kreuzlingen und jetzt Anpassungen vornehmen dürfen oder vielleicht auch aus verschiedenen Gegebenheiten heraus anpassen müssen. Die Spezialkommission hat die Rahmennutzungsplanung anlässlich von 26 Sitzungen eingehend und nach bestem Wissen und Gewissen geprüft. Nach spannenden und teils zäh und kontrovers geführten Debatten, das darf man wohl so sagen, dass namhafte Verbesserungen und Präzisierungen erreicht wurden. Das war aber nur möglich, weil die Kommission von der Bauverwaltung sehr gut und umfangreich dokumentiert und instruiert wurde. Mit Beat Rey und Andreas Niklaus standen uns zwei Raumplaner zur Verfügung, die ihr Handwerk verstehen. Und natürlich Kommissionsmitglieder und Suppleanten, wobei die Suppleanten an jeder Sitzung anwesend waren, ihr Eigeninteresse zurückgestellt und bei gewissen Themen auch den Druck, der von den eigenen Parteien aufgebaut wurde, beiseitegeschoben haben. Nur so konnte man zum heute vorliegenden Resultat, sprich dieser Botschaft kommen.

Der Stadtrat ist den Empfehlungen der Spezialkommission unisono gefolgt, und durch den Stadtrat erfolgten keine materiellen Änderungen. Es scheint mir auch wichtig, heute nochmals zu erwähnen, dass die Kreuzlinger Bevölkerung sehr stark und umfangreich in den ganzen Prozess einbezogen wurde.

Bei der Erarbeitung der Grundlagen für die neue Rahmennutzungsplanung, d. h. beim Leitbildprozess, beim Stadtentwicklungskonzept, beim kommunalen Richtplan etc. war die Kreuzlinger Bevölkerung ab dem Jahr 2005 dabei. Man konnte sich also informieren und in dieser langen Zeit auch Einfluss nehmen. Die Verwaltung Kreuzlingen erfüllte auch nicht nur die gesetzliche Pflicht mit einer Bekanntmachung zur Mitwirkung. Die Verwaltung Kreuzlingen schrieb darüber hinaus bei der Vernehmlassung der Planung alle Grundeigentümer, die Verwaltungen, politischen Parteien von Kreuzlingen sowie die Nachbargemeinden an und lud sie zur Stellungnahme ein. Auch hier liegt es natürlich in der Natur der Sache, dass nicht alle privaten Interessen in der Revision der Rahmennutzungsplanung berücksichtigt werden konnten. Das öffentliche Interesse, übergeordnete Gesetzgebung, behördenverbindliche Vorgaben waren in diesem Bereich zu berücksichtigen. Kreuzlingen muss mit seiner Rahmennutzungsplanung ebenfalls das kantonale Planungs- und Baugesetz wie auch die interkantonalen Vereinbarungen über die Harmonisierung der Baubegriffe anpassen. Das ist zwingend notwendig. Die neue Rahmennutzungsplanung darf man als zeitgemäss und als ausgewogene Planung für die nächsten 15 Jahre bezeichnen; das natürlich mit dem heutigen Kenntnisstand. Was in dieser schnelllebigen Zeit in drei oder vier Jahren sein wird, weiss niemand hier drin und auch nicht draussen. Ich möchte auch die Siedlungsentwicklung nach innen nicht ausser Acht lassen. Der Ursprung liegt bei einem neuen Raumplanungsgesetz, welchem das Schweizer Stimmvolk im Jahr 2013 klar und deutlich zugestimmt hat. Damit soll der Zersiedelung Einhalt geboten werden. Die Kreuzlinger Rahmennutzungsplanung setzt die bundesrätlichen und kantonalen Vorgaben um. Sie muss diese umsetzen. Obwohl die Stadt grundsätzlich neue Bauzonen zu Lasten von Kulturland hätte ausscheiden können, wurde bei dieser Revision darauf verzichtet. Die zukünftige Entwicklung findet dennoch statt und gelingt auch dank der vorhandenen unbebauten Reserveparzellen, der Einführung von kleinen und grossen Grenzabständen, der Nutzungsflexibilisierung, der Festlegung von massvollen Nutzungsziffern und der Gewährung von kommunalen Nutzungszuschlägen. Der neue Rahmennutzungsplan fördert auch die Siedlungs- und Freiraumqualitäten mit folgenden Punkten: Einerseits die Ausscheidung der neuen Strukturerehaltungszonen, die Einführung einer minimalen Grünflächenziffer in der Wohn- und Mischzone, wie aber auch in der Arbeitszone wären in Zukunft einzuhaltende Begrünungen der Freiräume. Auch die Möglichkeit, dass bei Wohnnutzungen die Anzahl der Parkplätze in Abhängigkeit der ÖV-Gütekategorie reduziert werden kann, wie auch die komplette Parkierung im Gebäudeinneren tragen zu einer guten Freiraumqualität bei. Für die Einhaltung der wertvollen Landschafts- und Naturwerte wurde ebenfalls gesorgt. Die Landschaftszonen wurden im Stadtgebiet wesentlich erweitert. Durch die Siedlungsausdehnungsbegrenzung kann das Kulturland mit den Fruchtfolgefächern, also das wertvollste Landwirtschaftsland, geschont werden. Der neue Zonenplan beinhaltet neue Naturschutzonen in der Nähe von Gewässern. Auch die Bestimmungen über Bepflanzungen wurden erweitert und leisten ihren Beitrag im Bereich der Grünräume. Der neue Rahmennutzungsplan berücksichtigt ebenfalls den Schutz vor Naturgefahren. Der neu gezeichnete Zonenplan scheidet überlagernde Gefahrenzonen aus. So ist auch ersichtlich, welche Parzellen von Naturgefahren betroffen sind und wo bei künftigen Bauvorhaben ein Objektschutznachweis zu erbringen ist. Wirtschaftliche Bedeutung: Mit der Revision werden wesentliche Grundlagen für das Bauwesen geschaffen. Sämtliche Flächen werden entsprechenden Zonen zugewiesen. Der Rahmennutzungsplan gibt Investoren, Architekten, den Grundeigentümern Planungssicherheit und ermöglicht einen wirtschaftlichen Beitrag durch Investitionen in Kreuzlingen. Es ist auch bekannt, dass viele Grundeigentümer auf den Abschluss dieser Revision warten, damit sie ihre Vorhaben vorantreiben können. Auch deshalb hat die Ortsplanungsrevision höchste Priorität für die Entwicklung von Kreuzlingen.

Fazit: Der neue Rahmennutzungsplan schafft nachhaltige Voraussetzungen für die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung in Kreuzlingen, sichert aber auch Freiräume und Grünräume im heutigen urbanen Umfeld, in dem wir uns befinden. Die Spezialkommission hat im Zeitraum von 2017 bis heute 26 Sitzungen abgehalten, was total 74 Sitzungsstunden ergibt. Die Mitglieder und Suppleanten wendeten also rund 1'000 Sitzungsstunden auf, dies aber ohne Vorbereitungsarbeiten oder auch Nachbearbeitungen zu den Sitzungen, reine Sitzungsstunden. Jedes Mitglied hat einen Papierstapel von ca. 60 cm Höhe und einem Gewicht von rund 19.8 kg durchgeackert. Auf meiner Kiste habe ich rund

390 Mails zu diesem Thema hinterlegt und archiviert. Total hat die Spezialkommission den Steuerzahler rein für die Sitzungen ungefähr CHF 55'897.60 gekostet. Die Kosten der städtischen Verwaltung ab 2016 mit allem Beigemüse belaufen sich auf mehrere Hunderttausend Franken. Das sollte man sich im ganzen Kontext auch zu Gemüte führen. Anlässlich der Sitzung vom 14. April hat die Spezialkommission die vorliegende Botschaft abschliessend durchgearbeitet. Dabei flossen noch ein paar marginale Anpassungen und Ergänzungen ein. Auf diese werden wir in der materiellen Beratung noch zurückkommen. Des Weiteren wurden noch zwei oder drei Punkte von der Pendenzenliste der ersten folgenden Teilrevision der Ortsplanung aufgenommen. Die Spezialkommission empfiehlt dem Gemeinderat die vorliegende Botschaft einstimmig zur Annahme.

Im Nachgang möchte ich noch erwähnen, jedes Reglement, jeder Plan und jedes Gesetz ist nur sinnvoll, wenn man es im Alltag auch lebt und wenn es auch tauglich ist. Gerade bei der Umsetzung von Zonenplan und Baureglement braucht es von allen Beteiligten gesunden Menschenverstand, gutes Bauchgefühl und vor allem auch muss man zwingend über den eigenen Tellerrand hinausschauen können. Dann kommt es bei sämtlichen Projekten auch gut. Im Namen der Kommission möchte ich mich bei den Vertretern der städtischen Verwaltung inklusive unserem Pensionär Heinz Theus, der heute auch unter uns ist, herzlich für ihren ausserordentlichen Einsatz bedanken. Des Weiteren geht auch ein herzlicher Dank an unsere beiden Raumplaner Beat Rey und Andreas Niklaus. Ohne eure Mitarbeit wären wir nie da, wo wir jetzt sind. Ihr habt uns mit eurem enormen Wissen in dieser Materie ganz stark geholfen und unterstützt. Besten Dank. Bedanken möchte ich mich natürlich persönlich bei allen Kommissionsmitgliedern und Suppleanten, wobei ich auch alle ehemaligen Mitglieder dieser Kommission miteinschliesse. Ihr habt eine tolle Arbeit geleistet, ihr habt eure partikulären Interessen zurückgestellt, ihr habt die Parteiinteressen zurückgestellt, das zugunsten von Kreuzlingen, unserer Bevölkerung, unseren Einwohnern. Tausend Dank.

**GR Müller:** Als Architektin höre ich häufig die Frage: "Wieso eigentlich darf ich auf meinem Grundstück nicht das bauen, was ich will?" Auf den ersten Blick ist das wirklich schwer nachvollziehbar. Wenn man genauer hinschaut, hat aber die Summe aller baulichen Einzelmassnahmen einen ganz wesentlichen Einfluss auf die gesamte Gesellschaft. Zum Beispiel können zu viele versiegelte Flächen zu Überschwemmungen bei starken Regenfällen führen. Zum Beispiel bedeuten Einfamilienhausquartiere höhere Kosten für Infrastruktur pro Person als Mehrfamilienhaussiedlungen. Mehr bauen zu dürfen, erhöht den Wert des eigenen Lands. Ein Mehrwert, für den die Eigentümer/-innen nichts tun müssen. Land ist ein spezielles Gut. Es ist nicht vermehrbar und trotzdem lebensnotwendig. Die Mietwohnung, das eigene Haus, der Garten bedeutet das Zuhause. Der öffentliche Raum bestimmt, wie wir uns in unserem Leben bewegen und handeln können. Das Baureglement und der Zonenplan, die wir heute besprechen, regeln die Nutzung des Raums zwischen Eigentümer/-innen und Gesellschaft. Dass die Bevölkerung in diesen Entscheidungsprozess miteinbezogen wurde, ist daher besonders wichtig. Diesem Anspruch wurde mit Informationsveranstaltungen, mit öffentlichen Vernehmlassungen und zwei öffentlichen Auflagen Genüge getan. Eingaben und Stimmen aus der Bevölkerung haben wir in einem dreijährigen Prozess eingehend diskutiert. Zum Beispiel war ein sehr umstrittener Punkt die Zone für Hochhäuser und höhere Häuser. Unter Berücksichtigung der Rückmeldungen aus der Vernehmlassung haben wir diese Zone stark reduziert und hohe Anforderungen an mögliche Hochhäuser und höhere Häuser festgelegt. Entstanden ist insgesamt nach langem Bearbeitungsprozess ein strukturierter Rahmennutzungsplan. Wir respektieren, dass die unterschiedlichen Ansprüche nach bestem Vermögen in Vereinbarung gebracht wurden und werden daher kein Referendum anstreben, sondern dieser Botschaft einstimmig zustimmen. Aber natürlich wären wir in einigen Punkten gern weitergegangen, um die Lebensqualität der Menschen in Kreuzlingen zu verbessern und Lösungen für die drängenden Fragen der nahen Zukunft – wie Klimawandel, demografischer Wandel, Veränderungen in der Arbeitswelt oder im Verkehr – zu ermöglichen. Das Problem der Verdrängung aufgrund steigender Land- und Mietkosten wird mit dieser Ortsplanungsrevision nicht gelöst, sondern wahrscheinlich eher noch verschärft. Wir hätten gern wenigstens ein Anreiz für den Bau preisgünstigen Wohnraums gesetzt, sind damit aber auf den Widerstand des Kantons gestossen. Immerhin haben wir vom Stadtrat das Versprechen erhalten, dass er sich an anderer Stelle für bezahlbaren Wohn- und Gewerberaum einsetzen will. Es ist dringend notwendig, dass wir da dranbleiben. Sich Raum zum Wohnen und Arbeiten leisten zu

können, ist ein existenzielles und kein Luxusgut. An anderen Stellen macht der neue Rahmennutzungsplan eindeutig Schritte in die richtige Richtung. Mit Struktur- und Grünflächenziffern wirken wir der Überhitzung und der schwindenden Biodiversität entgegen. Eine grünere Stadt bedeutet mehr Lebensqualität. Eine moderate Flexibilisierung der Regeln ermöglicht eine bessere Ausnutzung der vorhandenen Flächen. Entscheidend ist, dass wir nicht mehr einzonen und damit unsere unersetzbaren Natur- und Kulturräume erhalten. Der vorliegende Rahmennutzungsplan ist eine gute Grundlage für die bauliche Entwicklung in den nächsten Jahren.

**GR Lauber:** Obwohl die vorliegende Botschaft Rahmennutzungsplan vom Umfang und von der Tiefe her keine leicht verdauliche Lektüre ist, hat sie bei uns in der Fraktion nicht zu grossen Diskussionen geführt. Dies liegt hauptsächlich daran, dass die Ortsplanungsrevision ein längeres Projekt ist und innerhalb der Fraktion laufend ein Austausch dazu stattfand. Der Kommissionspräsident ist schon auf die wesentlichen Merkmale und Abläufe eingegangen, diese werde ich daher nicht wiederholen. Auch wir können Themen wie innerer Verdichtung und Aufwertung der Landschaft so direkt zustimmen. Einzig was zur Diskussion führte, war der Verweis auf drei SIA-Normen, weil die SIA ein privater Verein ist und Normen genutzt werden, welche nicht einem gesetzgeberischen Prozess unterliegen. Aus Sicht der SVP-Fraktion ist der neue Rahmennutzungsplan zeitgemäss, ausgewogen, breit abgestützt – oder salopp ausgedrückt: Wenn es für den einen zu viel und für den anderen zu wenig ist, deutet das auf einen gut schweizerischen Kompromiss hin. Wir werden der vorliegenden Botschaft deshalb einstimmig zustimmen und machen damit den verschiedenen Investoren den Weg frei, die mit spannenden Projekten auf den neuen Rahmennutzungsplan resp. die neuen Möglichkeiten warten.

**GR Wolfender:** Die Ortsplanungsrevision gab bei der FL/G-Fraktion einiges zu diskutieren, und ich kann bereits vorausschicken, bei dieser Vorlage besteht bei uns keine Einigkeit. So ein Baureglement und ein Zonenplan ist eine höchst komplexe Materie, mussten wir feststellen. Da gibt es ganz viele Partikularinteressen, manchmal konnte man seine Meinung durchsetzen, manchmal wurde man überstimmt. Was klar ist, die vorliegende Ortsplanungsrevision ist ein Kompromiss. Ein demokratisch entstandener Kompromiss, weil der Stadtrat alle Vorschläge der vorberatenden Kommission übernommen hat, aber halt trotzdem ein Kompromiss. Je nach Position, die man hat, ist die Kröte, die man schlucken muss, kleiner oder grösser. Die Kröte, die ein Teil unserer Fraktion nicht schlucken kann, ist unter anderem die Baukörperlänge in der Zone für öffentliche Bauten und Anlagen, die Ausscheidung von aus unserer Sicht heiklen Gebieten aus der Landschaftsschutzzone und grundsätzlich die zum Teil empfundene Verdichtung um jeden Preis hier bei uns in Kreuzlingen. Wir haben in der Fraktion überlegt, ob man die Gebäudelänge von 180 Metern in der ÖBA im Moment noch aus dem Baureglement ausklammern könnte, um die gesamte Vorlage nicht mit einem Referendum aus der Bevölkerung, welches bereits angekündigt worden ist, zu gefährden. Diese Idee hat sich aber zerschlagen, weil man nur die gesamte Vorlage annehmen, ablehnen oder zurückweisen kann. Wenn man einzelne Punkte verändert, muss das wieder aufgelegt werden, und es verzögert sich dementsprechend. Die FL/G-Fraktion ist knapp mehrheitlich für bis unentschieden gegenüber dieser Vorlage.

**GR Dufner:** Die FDP/CVP/EVP-Fraktion hat die Botschaft intensiv diskutiert. Auch wir haben festgestellt, dass es eine komplizierte Materie ist, dass eine Vielfältigkeit von Aspekten darin versteckt ist, dass diese auch verzahnt sind und dass man, wenn man an einem Ort etwas ändert, aufpassen muss, dass es am anderen Ort noch stimmt. Wir hatten in unserer Diskussion aber den Vorteil, dass Christian Brändli, der Präsident der vorberatenden Spezialkommission, dabei war und uns immer aufklären und erläutern konnte, wenn wir Fragen oder Unklarheiten hatten. In der Fraktion waren wir der Meinung, es ist eine ausgewogene Vorlage, die wir von der Spezialkommission und letztlich jetzt auch vom Stadtrat mit seiner Botschaft erhalten haben. Wir haben es schon gehört, man verzichtet auf Einzonungen, das ist auch auf eidgenössischer Ebene ein wichtiges Anliegen mit der Raumplanungsgesetzrevision, die 2014 gemacht wurde, wo man gesagt hat, man solle im Inneren verdichten und nicht mehr Kulturland und Grünfläche einzonen und überbauen. Jetzt muss man halt schon wissen, was man will. Wenn ich höre, in Kreuzlingen werde zu viel verdichtet, heisst das für mich, dass die Grünen eigentlich mehr Kulturland eingezont haben möchten. Das finde ich seltsam. Wir haben im Rahmen der Vorlage eine massvolle Umrechnung der Nutzungsziffer. Wir haben nicht mehr die Ausnutzungsziffer, sondern die sogenannte Geschossflächenziffer. Dies musste man anpassen, da gibt es einen Umrechnungsfaktor,

wobei in dieser Kommission auch Augenmass bewiesen wurde. Es gibt in Kreuzlingen Leute, die mehr erhöhen wollten, damit man mehr nutzen kann. Wir haben bereits gehört, dass es bei der Grünflächenziffer darum geht, dass wir eine verstärkte Durchgrünung haben, und zwar auch in den Gewerbe- und Industriezonenbereichen, dass man vielleicht etwas gegen die Wärmeproblematik tun kann. Es wurden kommunale Boni eingeführt, wir haben das vom preisgünstigen Wohnen schon gehört. Man hat überall probiert, für die eine oder die andere Seite etwas zu nehmen, etwas für einen gutschweizerischen Kompromiss, wie wir es schon gehört haben, zu machen. Wir haben die Landschaftsschutz-zonen ausgeweitet, massiv ausgeweitet. Teilweise wäre ich für meinen Geschmack nicht so weit gegangen. Wir haben die Strukturierungsgebiete, wo wir schauen, dass man die schönen Zonenbereiche, wo alte Häuser sind, erhalten und bewahren kann. Und das ist klar, wie wir es gehört haben, wir haben verschiedene Interessensgruppen. Wir haben Einzelinteressen. Die einen haben Angst vor der verbauten Aussicht auf den See, die anderen wollen keine höheren Häuser da oder dort, die dritten wollen keine Antenne, die anderen wollen keine langen Gebäude, weil sie da noch ein Projekt haben, wo das nicht ganz passt. Dann haben wir solche, die zwar gleich neben einer Arbeitszone bauen oder eine Wohnung gekauft haben und jetzt finden, das Gewerbe solle jetzt hier aufhören, die sollen jetzt hier nur noch wohnen. Der andere, der gern von seinem Einfamilienhaus ein Mehrfamilienhaus bauen möchte, ist natürlich dafür, dass man höher bauen kann, damit man mehr Ausnutzung haben kann, aber dann vielleicht nicht auf der Nachbarparzelle, denn dann gibt es wieder Schatten und allenfalls Lärm, wenn dort viele Menschen wohnen. Wir haben also viele sich widersprechende Interessen von Gruppen und von Einzelpersonen, und wir müssen einen Ausgleich finden. Ich denke, das ist auch die Aufgabe des Gemeinderats. Wir müssen das Gemeinwohl der Stadt im Auge behalten und nicht unsere Einzelinteressen, sei es als Gruppe oder als einzelne Person. Wir haben auch festgestellt, dass weitere Projekte in der Warteschlange sind und dass es darum wichtig ist, dass wir den neuen Rahmennutzungsplan möglichst bald in Kraft setzen können. Ich erinnere nur an die Löwenüberbauung, die seit Jahren nicht gerade sehr schön aussieht und vor sich hindämmert. Diese wartet darauf. Eine weitere Überbauung haben wir bei der Post, die darauf wartet. Am Geissberg haben wir eine Überbauung, die wartet. Ich denke, wie die Fraktion es diskutiert hat, ist es wichtig. Man muss Kompromisse akzeptieren, man muss auf das Gemeinwohl schauen. Der Präsident der Spezialkommission hat es gesagt, in der Kommission haben wir uns wirklich sehr intensiv mit der Materie auseinandergesetzt, haben lange Diskussionen geführt, haben ausgewogene Lösungen gefunden. Darum sind wir in der Fraktion der Meinung, wir müssen jetzt einen Schritt vorwärts machen in der Stadt Kreuzlingen. Wir sollten nicht bremsen, wir sollten nicht einen Stillstand haben, sondern das gute Ergebnis, das wir mit dieser Botschaft, mit diesem Rahmennutzungsplan heute auf dem Tisch haben, verdient unsere Zustimmung, darum stimmte die FDP/CVP/EVP-Fraktion bei einer Gegenstimme einstimmig für die Vorlage.

**GR Rüegg:** Es ist eigentlich schade, dass wir Masken tragen müssen, denn so sieht man nicht, dass ich eigentlich ein Lächeln auf dem Gesicht habe, auch wenn das, was nachher kommt, nicht für alle zum Lächeln ist. Ich spreche in meinem Namen, weil meine Einsprache zum Rahmennutzungsplan vom September 2019 in der Sache nicht behandelt wurde, weil ich nicht legitimiert sei. So viel zum Einbezug der Bevölkerung. Ich habe diesen Bescheid allerdings erst in den letzten Tagen erhalten – wie viele andere auch, wie ich erfahren habe. Wenn man wie in diesem Fall als Einzelperson im Interesse der Öffentlichkeit Einsprache macht, ist das nicht legitim. So steht es. Ich spreche deshalb im Interesse der Öffentlichkeit, weil ich natürlich nicht meine persönlichen Interessen wegen meines eigenen Wohnraums oder meiner Liegenschaft vertrete, damit das auch noch klar ist. Ich war auch nicht in dieser Kommission, ich war aber früher in einer Baureglementscommission, ich habe ja schon etwa 26 Gemeinderatsjahre hinter mir.

Jetzt zur Sache. Es hat System, dass bei der Ausarbeitung neuer Regelwerke wie im Fall eines solchen neuen Zonenplans mit Baureglement neben zahlreichen notwendigen und sinnvollen Bestimmungen, auf diese viele Bauwillige auch warten, auch solche Eingang finden, die nicht zwingend sind und für einige Stimmbürgerinnen und Stimmbürger gerade in die falsche Richtung gehen. Das haben der Stadtrat und die Kommission im Lauf der Beratungen und aus Einsprachen sicher festgestellt. Man geht aber davon aus, dass die Mehrheit im Rat das Regelwerk annehmen wird und die bestrittenen Punkte somit durchgehen. Aus meiner Sicht sind das insbesondere die folgenden drei Punkte: 1. Der Verweis auf

SIA-Normen ist in einem Baureglement zwar häufig, aber im Grund genommen nicht zulässig, weil Bestimmungen eines privaten Vereins, was der SIA ist, nicht Grundlage für eine Regelung in einem städtischen Baureglement sein können. Das darum, weil solche Vereinsbestimmungen ändern können und damit auch die Regelungen im Baureglement, ohne dass die zuständigen Stellen dazu etwas sagen können. Zudem ist die Beschaffung von SIA-Normen kostenpflichtig. Man muss dafür bezahlen, wenn man einen Auszug davon verwenden will. Also das dürfte schon rein rechtlich nicht so gut gehen, Thomas Dufner und Thomas Pleuler. 2. Es darf keine Entlassungen aus dem Landschaftsschutz geben. Namentlich im Gebiet Fohrenhölzli, Döbeli. Dort wurden wegen dieses Schutzes Strommasten vom Elektrizitätswerk des Kantons Thurgau EKT abgeräumt und Kabel in den Boden verlegt. Bei der jetzigen Änderung geht es aber darum, dort Mobilfunkantennen zu ermöglichen, die dann das Wohngebiet Alp unmittelbar belasten und eigentlich auch verschandeln. 3. Dass die Gebäudelänge in der Zone für öffentliche Bauten und Anlagen von 50 Metern auf das mehr als Dreieinhalbfache, also auf 180 Meter erhöht werden soll, ist unnötig und abzulehnen. Der Gemeinderat hat damals – ich war vor X Jahren in dieser Kommission – die Beschränkungen bewusst auf 50 Meter gelegt, weil aus der damaligen Gartenstadt Kreuzlingen, wie es seinerzeit hiess, keine Kasernenstadt Kreuzlingen werden sollte, wie es zum Beispiel Frauenfeld ist. Wenn das in anderen Städten und Gemeinden im Kanton anders gehandhabt wird, was man auch in den Unterlagen lesen kann, müssen wir das in unserer Stadt nicht zwingend auch so machen. Für Bauten in dieser Zone, bei denen aus betrieblichen Gründen mehr als 50 Meter nötig sind wie bei Hallenbädern, Dreifachturnhallen, Stadtsälen etc., kann über § 92 im Planungs- und Baugesetz des Kantons eine Ausnahmegewilligung eingeholt werden; ein Hinweis, den Sie alle kennen. Ein reines Verwaltungsgebäude rechtfertigt eine solche Ausnahmegewilligung nicht, wie das das Verwaltungsgericht des Kantons im letzten Jahr zu Recht entschieden hat. Die Kreuzlinger Bevölkerung hat das mit dem Volksentscheid vom 7. März, also gerade vor zwei Monaten bestätigt. Jetzt zum Schluss noch etwas Gefreutes. Dass die Wiese südlich der Brunnegg vom Stadtrat der Freihaltezone zugewiesen wurde und damit nicht mehr überbaut werden kann, ist sehr zu begrüßen. Das freut mich riesig. Mit der Annahme der Volksinitiative gegen die Zerstörung der Schlosslandschaft aus dem Jahr 2010, die von mehr als 59 % der Kreuzlinger Bevölkerung angenommen wurde, wird mit dieser Umzonung jetzt endlich der Volkswille umgesetzt. Ein Hinweis: Die Freie Liste, wie sie damals noch hiess – ohne Grüne – war damals die einzige politische Kraft in unserer Stadt, welche diese Volksinitiative unterstützte. Um euch und mir Zeit und Aufwand zu ersparen, werde ich keine Anträge stellen, weil es auch nichts nützt und weil in diesem Rat vor allem auch keine Mehrheit zu erreichen ist, das haben wir gehört, die Meinung ist relativ einhellig, will ich das nur sagen, damit man versteht, warum ich heute Abend zu diesen Regelwerken Nein sage. Und vielleicht gibt es noch ein paar andere, die auch Nein sagen.

**GR Wolfender:** Ganz kurz eine Replik zum Fraktionsvotum von Thomas Dufner, dass die Grünen etwas gegen Verdichtung oder gegen mehr Einzonung von Land haben. Nicht einmal du weisst, wer in der FL/G-Fraktion für weniger Verdichtung ist, glaube ich zu wissen.

**Materielle Beratung** – die Botschaft wird seitenweise durchberaten

## Seite 12, Abschnitt 2

**Der Ratspräsident:** Ich möchte auf einen Fehler hinweisen. Hochhäuser bis zu einer maximalen Höhe bis 40 Meter sind demnach nur südlich der Bahnhofstrasse und im Bereich Park-/Löwenstrasse möglich. Korrekt wäre Löwenstrasse, Nationalstrasse, Unterseestrasse. Allerdings handelt es sich hier nur um den Text der Botschaft.

## Beilage 2 Baureglement

**GR Dufner:** Wir haben vorhin das wegen der SIA-Normen gehört. Im Sinne einer Erläuterung möchte ich darauf hinweisen, dass das, was GR Rüegg gesagt hat, nur halb richtig ist. Richtig ist insofern, dass man in einem Baureglement keine dynamischen Verweise haben darf, aber das haben wir auch nicht. Man muss das Baureglement genau lesen, und wenn ihr beispielsweise Art. 6 Abs. 2 oder Art. 34 nehmt, könnt ihr dort lesen, dass es in Art. 34 heisst: "Für die Berechnung dieser Flächen ist die jeweils

gültige SIA-Norm zu berücksichtigen." Es heisst nicht eins zu eins anzuwenden. Sondern es heisst, es gibt eine Einzelfall-Beurteilung und -Entscheid, und wenn es darum geht, dass man den konkreten Einzelfall anschaut, richtet man sich ein bisschen an dieser SIA-Norm aus. Wenn es zum Beispiel darum geht, was Nebenflächen sind, kann man das in der SIA-Norm nachlesen; ebenso was Hauptflächen sind, was wir in Art. 6 haben. Es geht also nur um ein Hilfsmittel, und es geht nicht darum, dass diese eins zu eins anwendbar sind. Sondern man hat gesagt, man zieht diese zu Hilfe und berücksichtigt den Einzelfall. Deshalb ist die Schlussfolgerung und Quintessenz des Votums von Jost Rüegg falsch.

**GR Rüegg:** Ja, Thomas Dufner, es braucht doch noch eine Replik. Zuerst hast du "halb richtig" gesagt, das habe ich akzeptiert. Am Schluss hast du "falsch" gesagt. Was du gesagt hast, ist verständlich, das kann jeder nachvollziehen. Fakt ist einfach, dass man die Unterlagen käuflich erwerben muss, wenn man sie im Voraus konsultieren will. Im Streitfall muss irgendjemand diese beiziehen. Ich nehme an, die Stadt hat ein Abonnement auf diesen SIA-Normen und hält sie einem dann unter die Nase. Aber selber kann man sich nicht vorbereiten. Diese Hälfte stimmt eben.

**GR Müller:** Wir haben das auch besprochen und uns wurde von der Bauverwaltung gesagt, man könne die SIA-Normen bei der Bauverwaltung gratis einsehen. Auf Hinweis der Spezialkommission wurde jetzt eine Info auf der Internetseite aufgeschaltet und an anderer Stelle auch noch, dass die Planenden und Bauherrschaften wissen, dass sie die Normen auf der Bauverwaltung jederzeit einsehen können.

**Rückkommen** wird nicht gewünscht.

### **Abstimmung**

Die Revision Rahmennutzungsplanung (Zonenplan und Baureglement) wird mit 34 Ja-Stimmen gegen 4 Nein-Stimmen erlassen.

**Der Ratspräsident:** Mit dem heutigen Beschluss des Gemeinderats über die Revision der Rahmennutzungsplanung können nun die Einsprechenden innerhalb von 20 Tagen gegen den Einspracheentscheid bzw. gegen den Beschluss des Gemeinderats beim Departement für Bau und Umwelt des Kantons Thurgau Rekurs erheben.

### **Postulate**

13. Postulat Abgaben der Technischen Betriebe an das Gemeinwesen für die Nutzung von Grund und Boden im Bereich Erdgas / Begründung

**GR Moos:** Gestützt auf Art. 47 des derzeit gültigen Geschäftsreglements des Gemeinderats haben die Mitunterzeichnenden und ich am 11. März zuhanden des Stadtrats folgendes Postulat eingereicht: 1. Der Stadtrat wird beauftragt zu prüfen, inwieweit die Technischen Betriebe – heute Energie Kreuzlingen – im Bereich Gas für die Nutzung von Grund und Boden eine angemessene jährliche Abgabe an die Gemeinde entrichten. 2. Für den Fall, dass keine jährlichen Abgaben von den Kundinnen und Kunden der Technischen Betriebe eingezogen werden, soll der Stadtrat eine entsprechende Beschlussvorlage gemäss Art. 65 Abs. 4 der aktuellen Gemeindeordnung dem Gemeinderat vorlegen, um zukünftig die Abgaben für die Nutzung von Grund und Boden zu regeln. Gemäss der aktuellen Gemeindeordnung Art. 65 Abs. 4 müssen die Technischen Betriebe der Gemeinde für die Nutzung von Grund und Boden eine angemessene jährliche Abgabe, die vom Gemeinderat festgelegt wird, bezahlen. Diese Abgabe wird den Endverbrauchern und Endverbraucherinnen als Gebühr auf der Basis ihrer Netznutzung belastet. Im aktuellen Tarifblatt Gastarif 2021 der Energie Kreuzlingen setzt sich der Gasproduktpreis aus Grund- und Arbeitspreis zuzüglich der CO<sub>2</sub>-Abgabe zusammen. Eine Abgabe an die Gemeinde für die Nutzung von Grund und Boden ist nicht aufgeführt bzw. vorgesehen. Bei den aktuellen Stromtarifen 2021 ist jeweils eine Abgabe an die Stadt in der Höhe von 0.39 Rappen pro kWh ausgewiesen. Der Art. 65 ist ein alter Bekannter. Er war nämlich bereits am 7. September 2017 im Rahmen der Totalrevision der GO ein Thema. In den damaligen Sitzungsunterlagen wurde explizit auf diese Abgabepflicht hingewiesen. Offenbar ging dies im Anschluss bei den Verantwortlichen vergessen. Warum weder der

Stadtrat, die FRK oder unsere Revisoren da nicht aktiv geworden sind, entzieht sich meiner Kenntnis. In diesem Fall hat man mindestens seit Inkrafttreten der GO, also seit dem 26. November 2017 auf diese Einnahmen verzichtet. Somit wurden die Gaskunden jahrelang durch den Steuerzahler subventioniert. Sprich: Heize ich mit einer Wärmepumpe, bezahle ich Abgaben für die Netznutzung als Gaskunde nicht. Das ist vor dem Hintergrund der ganzen Klimadiskussion wahrscheinlich kein veritabler Skandal, mindestens aber stossend und komplett sinnwidrig. Die Bemessungsgrundlage für die Abgabe ist in Art. 65 bereits beschrieben, es ist die Netznutzung. Wenn der Gemeinderat letztendlich wie beim Strom denselben Satz von 0.39 Rappen pro kWh gemäss dem Tarif 2021 ansetzt, müssen die Technischen Betriebe bzw. Energie Kreuzlingen bei einem Gasabsatz von rund 240'000 MWh (2019) zusätzliche Abgaben in der Höhe von CHF 935'000 an die Stadt abführen. Für einen Einfamilienhausbesitzer wird sich die Gasrechnung bei einem Verbrauch von jährlich 20'000 kWh somit um knapp CHF 80 pro Jahr erhöhen. CHF 935'000 sind immerhin ungefähr 2 Steuerprozent, soweit ich informiert bin, auf die Kreuzlingen während den vergangenen Jahren verzichtet hat. Und zwar einfach so. Gesamthaft fehlen somit seit 2018 rund CHF 2.8 Mio. in der Stadtkasse. Für mein Dafürhalten ist das nicht gerade wenig. Ich denke, die möglichen Mehreinnahmen könnte die Stadt in ihrer ungünstigen und unsicheren zukünftigen finanziellen Situation gut brauchen. Machen wir das Beste daraus.

#### 14. Postulat Lohngleichheit für die Stadt Kreuzlingen / Begründung

**GR F. Herzog:** Ich bedanke mich für die Gelegenheit, dieses Postulat begründen zu dürfen. Und das, obwohl meine Fraktionskollegin Charis Kuntzemüller bereits im Mai 2018 betont hat, dass das Anliegen, die Lohngleichheit zwischen Mann und Frau zu fördern, eigentlich keiner speziellen Begründung bedarf. Ich finde, dass der Anspruch, für die gleiche Arbeit bei gleicher Ausbildung den gleichen Lohn bezahlt zu erhalten, zweifellos auch heute noch Begründung genug für dieses Postulat ist. Was ich aber durchaus gern begründe, ist, warum wir das im November 2018 gescheiterte Postulat zur Unterzeichnung der Charta zur Lohngleichheit nochmals einreichen. Ich möchte euch auf einen kurzen Rückblick einladen. Es sind mittlerweile genau 40 Jahre, seit die Geschlechtergleichheit in der Bundesverfassung verankert worden ist. Gemäss dem Gleichstellungsgesetz, welches unter anderem auch die Lohndiskriminierung auf der Basis des Geschlechts verbietet, haben Mann und Frau also seit 40 Jahren Anspruch auf Lohngleichheit. Trotzdem sieht es in der Realität anders aus. Gemäss einer Analyse der Lohnunterschiede zwischen Mann und Frau vom Bundesamt für Statistik lag der Anteil der unerklärbaren Anteile der Lohndifferenz zwischen Mann und Frau 2000 bei 39.6 %, im Jahr 2012 bei 40.9 % und im Jahr 2018 bei 44.3 %. Der Anteil von unerklärbaren Unterschieden in dieser Lohndifferenz zwischen Mann und Frau ist also über die Jahre hinweg nicht etwa kleiner geworden, sondern er ist sogar noch gestiegen. Wir sind also nicht auf dem richtigen Kurs, sondern eigentlich genau auf dem falschen Kurs, wenn es um die Geschlechtergleichstellung in Bezug auf den Lohn geht. Ich bin klar der Meinung, dass es jetzt angezeigt ist, diesen Kurs zu wechseln. Es darf nicht sein, dass Frauen nach vier Jahrzehnten immer noch das ihnen in der Bundesverfassung zugesprochene Recht auf gleichen Lohn für gleiche oder gleichwertige Arbeit verwehrt wird. Dieser Meinung waren 2018 15 Kantone und 54 Gemeinden, sich dieser Verantwortung anzunehmen und mit der Unterzeichnung der Charta zur Lohngleichheit im öffentlichen Sektor sich als Arbeitgebende für Lohngleichheit einzusetzen. Die Hauptpunkte dieser Charta umfassen die Sensibilisierung für die Lohngleichheit im öffentlichen Sektor, deren Überprüfung und die Information über die Ergebnisse dieser Prüfung. Bis heute wurde die Charta zur Lohngleichheit von insgesamt 16 Kantonen, 106 Gemeinden und vom Bund unterzeichnet. Seit dem, zur Förderung der Lohngleichheit im öffentlichen Sektor im Jahr 2019, haben zudem auch staatsnahe Betriebe und Unternehmen mit öffentlichem Auftrag die Möglichkeit, die Charta zur Lohngleichheit zu unterzeichnen. Bis heute haben 60 Betriebe diese Möglichkeit genutzt, ihre Vorbildfunktion wahrzunehmen und die Charta zu unterzeichnen. Entgegen all diesen Gemeinden, Kantonen und Betrieben hat Kreuzlingen, wie wir wissen, bisher nicht unterschrieben. Warum nicht? Es kann nicht argumentiert werden, dass aufgrund der gesetzlichen Verankerung der Geschlechtergleichheit, die den Anspruch auf gleichen Lohn beinhaltet, keine weiteren Regelungen notwendig sind. Das haben wir anhand der Zahlen

des Bundesamts für Statistik gesehen. Es kann ausserdem auch nicht argumentiert werden, dass der administrative Aufwand nicht zu bewältigen wäre. Schliesslich kam die Analyse des Stadtrats 2018 dazu, dass "für die Handhabung der einzelnen Chartapunkte praktikable Hilfsmittel bestehen und der administrative Mehraufwand überschaubar ist". Ebenso ist die Charta keinesfalls unpraktikabel. Das wird unter anderem auch durch die zahlreichen Gemeinden, Kantone, den Bund und Betriebe, welche die Charta unterzeichnet und sich verpflichtet haben, Mann und Frau den gleichen Lohn zu bezahlen, bestätigt. Was spricht also gegen die Unterzeichnung? Eigentlich müssen wir diese Frage aus der entgegengesetzten Perspektive angehen. Was spricht für die Unterzeichnung, jetzt wo wir die Chance nochmals haben? Es ist eigentlich ganz einfach – dass Veränderung und Gleichstellung, wie es die heutige Situation verdeutlicht, leider nicht von selbst kommen, sondern dass es dafür geeignete Instrumente für die Umsetzung braucht. Instrumente wie die Charta zur Lohngleichheit. Ausserdem, und das nicht zuletzt, dass sich Kreuzlingen durch die Unterzeichnung der Charta klar positionieren kann, was sie zu einem attraktiven Arbeitgeber und Wohnort macht.

**Der Ratspräsident:** Ich bitte den Stadtrat um eine schriftliche Stellungnahme zu diesen beiden Postulaten innerhalb der nächsten sechs Monate, also bis zum 6. November 2021.

**Der Ratspräsident:** Zuhanden des Protokolls und in Absprache mit mir hat GR Lauber die Sitzung aus beruflichen Gründen vorzeitig verlassen.

#### **Verschiedenes**

15. Schriftliche Anfrage betreffend KUH-BAG sammeln mit separater Sammeltour / Beantwortung

**Der Ratspräsident:** Diese nehmen wir hiermit zur Kenntnis.

16. Verschiedenes

16.1 75-Jahr-Jubiläum

**Der Ratspräsident:** Ich habe einmal das 75-jährige Jubiläumsfest des Gemeinderats angekündigt. Der Gemeinderat feiert am 1. Juni 2021 sein 75-jähriges Jubiläum. Aufgrund der Lockdown-Politik fällt das reservierte Datum ins Wasser. Wir hoffen, dass wir es zu einem späteren Zeitpunkt im Laufe des Jahres 2021 nachholen können. Ihr werdet so schnell wie möglich informiert.

16.2 Weiterentwicklung der Liegenschaft Schiesser

**SR Raggenbass:** Ich möchte auf die letzte Gemeinderatssitzung und auf das Traktandum Weiterentwicklung der Liegenschaft Schiesser eingehen. Ich möchte aus dem Votum von GR Rüegg zitieren. "Man schlägt den Sack statt den Esel. Vielleicht merkt ihr jetzt, wer der Esel ist. Wieso sollen Kulturschaffende gestraft werden in ihrem Vorgehen? Kein Mensch wird reich dabei. Jeder macht etwas für die Öffentlichkeit. Die sollen gestraft werden, weil der Stadtrat seit Jahren ein Vorgehen wählt, das einigen Leuten missfällt. Ich bin der Meinung, heute Abend dürfen wir nicht mit diesen Leuten abrechnen und eigentlich müssten wir den Stadtrat bestrafen. Aber der kann bekanntlich entscheiden, was er will, er bleibt bis zur nächsten Wahl in seinem Amt, hingegen die Kulturschaffenden würden unter diesem Entscheid leiden." Dies hat mich bewegt, auf dieses Votum etwas zu sagen. Dass wir Stadträte Esel sind – Ansichtssache. Das stört uns nicht. Dass wir entscheiden, was wir wollen, das ist auch Ansichtssache, und der Votant weiss wohl mehr als wir. Was ich und meine Kollegen aber richtigstellen wollen, ist Folgendes: Wenn unter unseren Entscheiden Personen, Vereine und engagierte Leute leiden, ist uns das in keinster Weise gleichgültig. Das ist nicht unsere Absicht, und es ist uns auch nicht

egal, auch wenn wir nach Ansicht des Votanten noch bis zur nächsten Wahl in unserem Amt bleiben dürfen. Der Stadtrat und der Gemeinderat sind vom Volk für vier Jahre gewählt, und wir alle versuchen, in dieser Amtszeit vorausschauend für unsere Bevölkerung und für die ganze Stadt eine gute Arbeit zu leisten, ohne dass wir jemandem schaden wollen und ohne dass jemand unter unseren Entscheidungen leiden soll.

### 16.3 Information Workshop Stadthaus / Festwiese

**STP Niederberger:** Wie nach dem Abstimmungsergebnis vom 7. März angekündigt, hat der Stadtrat die Arbeit bzw. den Auftrag aus der Volksinitiative umgehend an die Hand genommen. Am 19. und 23. April haben zwei halbtägige Workshops stattgefunden. An diesen Workshops haben alle Stadtratsmitglieder und alle Abteilungsleiter teilgenommen. Alle Workshop-Teilnehmerinnen und -Teilnehmer haben aktiv für eine nachhaltige Zukunftslösung mitgedacht und mitgearbeitet. An diesen zwei intensiven aber spannenden Workshops wurden folgende Themen behandelt: 1. Künftige Organisation der Stadtverwaltung. 2. Auswirkung Standort Stadthaus auf die Zentrumsentwicklung. 3. Ideensammlung und Bewertung Standortvarianten. 4. Tiefgarage Festwiese und Gestaltung Festwiese, Parkhaus Hafenbahnhof.

#### 1. Organisation Stadtverwaltung

Hier haben wir unter anderem die zukünftigen Einflüsse in den Themen Digitalisierung, Homeoffice und so weiter behandelt. Zudem wollen wir, dass zukünftig für die Bürgerinnen und Bürger eine zentrale Stadt-Adresse entsteht. Der Kunde steht im Zentrum. Also ein zentraler Schalter- und Auskunftsbereich, an dem die wichtigsten Geschäfte erledigt werden können oder eine Triage erfolgen kann. Die Kunden müssen nicht mehr überlegen, zu welchem der diversen Standorte sie gehen müssen. Nein, sie können direkt an einem zentralen Standort die allermeisten Geschäfte erledigen. Wir können uns auch gut vorstellen, dass Räume mit einer offenen und flexiblen Ausgestaltung eine vielfältige Nutzung durch interne und externe Personen ermöglichen. In diesem Themenbereich haben wir folgende erste Massnahmen definiert: Wir werden die Kunden- und Mitarbeiterbedürfnisse erneut evaluieren sowie die Rahmenbedingungen für Homeoffice klären. Der Stadtrat wird mit einem Grundsatzentscheid die zukünftige Organisationsstruktur festlegen. Diese Entscheide werden unter anderem in die geplanten Revisionen des Personal- und Besoldungsreglements und natürlich in die weiteren Planungsarbeiten für das Stadthaus-Alternativprojekt einfließen.

#### 2. Auswirkung Standort Stadthaus auf die Zentrumsentwicklung

Hier haben wir diskutiert, welchen Einfluss das Stadthaus auf das Zentrum haben kann bzw. ob ein Verwaltungsgebäude überhaupt im Stadtzentrum stehen muss. Für die Workshop-Teilnehmerinnen und -Teilnehmer war schnell klar, dass das Stadthaus, insbesondere die zentrale Anlaufstelle, im Kreuzlinger Zentrum sein soll. Wir haben, grob zusammengefasst, folgende Kriterien für die Bewertung der Standorte festgelegt: Gute Erreichbarkeit und barrierefreie Zugänglichkeit; im Zentrum = Bereich Cityzone – insbesondere für die zentrale Anlaufstelle; es soll auch eine Transformation möglich sein inkl. einem Zusatznutzen für Externe (heute und morgen, Veränderungen wie z. B. Digitalisierung); Identität für die Stadt und ihre Verwaltung; Ausstrahlung auf die Umgebung (z. B. Mehrwert für Gewerbe und Gastronomie); sind Partnerschaften möglich (z. B. Schule); ist eigenes Land vorhanden oder kann Land abgetauscht werden.

#### 3. Ideensammlung und Bewertung Standortvarianten

Bei diesem Thema haben wir in einem Brainstorming den Fächer aufgemacht und Ideen oder verschiedene Standortoptionen zusammengetragen. Dabei sind auch die diversen Vorschläge eingeflossen, die von den Bürgerinnen und Bürgern nach der Abstimmung in den Medien oder schriftlich an uns geäußert wurden. Total sind 44 Ideen zusammengekommen. In einer ersten Runde wurden sechs Favoriten ausgewählt, welche die definierten Kriterien erfüllen. Favorisiert wird die Lösung, dass wir uns in den bestehenden Verwaltungsliegenschaften weiterentwickeln; also kein neuer Standort für alle Abteilungen, sondern die bestehenden Häuser sanieren und falls notwendig erweitern. Dabei wollen wir natürlich das Ziel der zentralen Anlaufstelle bzw. die vorerwähnten Kriterien und Massnahmen in den

bestehenden Räumlichkeiten umsetzen. Wo und in welchen Bereichen Erweiterungen möglich oder notwendig sind, ist jetzt Gegenstand der weiteren Abklärungen. Dazu werden Arbeitsgruppen eingesetzt, die die betrieblichen Abläufe, technische Erfordernisse und den Raumbedarf ermitteln.

#### 4. Tiefgarage Festwiese und Gestaltung Festwiese, Parkhaus Hafbahnhof

In diesem Bereich wurde die zentrale Frage behandelt, wie das weitere Vorgehen im Bereich der Festwiese aussehen soll. Erst nach der Annahme eines Alternativprojekts kann der immer noch gültige Volksentscheid über einen Kredit von 47 Mio. für den Bau eines Verwaltungsgebäudes mit Tiefgarage und Festwiese abgeschrieben werden (wie im Gutachten und in der Volksbotschaft aufgezeigt). In einem ersten Schritt wird die Bauverwaltung den Bedarf an Parkplätzen im Zentrum ermitteln – auch mit Blick auf das Parkierungskonzept und die geplanten Parkierungsanlagen im unmittelbaren oder nahen Zentrum. Zum Beispiel kann sich durch den Bau eines Parkhauses am Hafbahnhof der Parkplatzbedarf im Zentrum erheblich reduzieren. Dann wird das Siegerprojekt DIALOGOS baurechtlich (inkl. Brandschutz) überprüft. Wichtig ist vor allem die Frage zu klären, inwieweit das Siegerprojekt von 2007 aus baurechtlicher und aus städtebaulicher Sicht überhaupt noch umsetzbar ist. Es muss betont werden, dass das Projekt DIALOGOS kein fertiges Bauprojekt, sondern das Resultat eines Projektwettbewerbes ist. Anschliessend wird der Stadtrat einen Grundsatzentscheid über das weitere Vorgehen fällen und dem Gemeinderat einen Planungskredit unterbreiten.

Im Workshop wurde auch die Kommunikation besprochen. Eine erste Information erfolgt wie angekündigt heute im Gemeinderat. Gleichzeitig werden die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie die Bürgerinnen und Bürger über den aktuellen Stand der Planungen orientiert. Der Gemeinderat wird immer über die aktuellen Entscheide informiert.

Wir haben jetzt die grosse Chance, die zwei Themen, die Kreuzlingen schon lange beschäftigen, Stadthaus und Tiefgarage, zu einem erfolgreichen Abschluss zu bringen. Wir versuchen aus den bisherigen Planungen das Beste herauszunehmen und mit neuen Voraussetzungen zusammenzuführen. Es wurden bereits in den verschiedenen Themenbereichen Aufträge erteilt. Der Stadtrat wird auf der Grundlage dieser Abklärungen die weiteren Entscheide fällen. Anschliessend werden dem Gemeinderat die notwendigen Planungskreditbegehren für das Stadthaus-Alternativprojekt und die Tiefgarage und Gestaltung Festwiese unterbreitet. Parallel wird das Projekt Parkhaus mit Buseinstellhalle und Veloabstellanlage am Hafbahnhof weiter vorangetrieben. Die Realisierung des Projekts hat einen Zusammenhang mit der Tiefgarage beim Bärenplatz, weil so über 90 PP der PH wegfallen. Zusammengefasst bedeutet dies das Folgende: Der Stadtrat versucht, die bestehenden Raumprobleme der Stadtverwaltung bestmöglich über eine Neuorganisation, moderne Arbeitsformen, die Sanierung eigener Liegenschaften, allenfalls mit Erweiterungen, und die Schaffung einer zentralen Anlaufstelle anzugehen. Der Stadtrat gedenkt, ein zeitgemässes Projekt mit Tiefgarage und Festwiesengestaltung auszuarbeiten. Für beides wird der Stadtrat dem Gemeinderat entsprechende Planungskredite unterbreiten. Der Auftrag aus der Volksabstimmung vom 7. März 2021 wurde vom Stadtrat somit umgehend an die Hand genommen – so wie angekündigt. In den letzten Wochen wurde nebst dem Tagesgeschäft und weiteren Projekten auch intensiv an den Fragen Stadthaus und Tiefgarage und Festwiese gearbeitet. Viele Arbeitskolleginnen und Arbeitskollegen in der Verwaltung haben viel Zeit, Einsatz und Ressourcen in diese Themen eingebracht. Und wir werden diesen Auftrag weiterhin zügig bearbeiten. Von daher waren wir erstaunt und bedauern sehr, dass das Initiativkomitee nicht mehr Geduld zeigt. Die in den Medien geäusserte Unterstellung, der Stadtrat befände sich in einem komatösen Tiefschlaf ist nicht nur falsch, sondern unseres Erachtens auch respektlos.

**Der Ratspräsident:** Besten Dank Stadtpräsident Niederberger für diese Stellungnahme und auch vielen Dank, dass diese hier erfolgt und nicht zuerst in die Öffentlichkeit gegangen ist, damit wir als Gemeinderat jetzt hier die Gelegenheit haben, darauf zu reagieren.

**GR Brändli:** Ich möchte mich im Namen unserer Fraktion beim Stadtrat für die erfolgte, sehr ausführliche Information bedanken. Ich hoffe aber auch, dass wir im Nachgang zu dieser Sitzung sehr zeitnah die Aktennotiz und die Grundlagen, die der Präsident sicher in Papierform vor sich hat, auch noch erhalten, damit wir es in den Parteivorständen etc. diskutieren können und den Weg, den der Stadtrat einschlägt, auch in schriftlicher Form haben. Dann sehen wir, wie es weitergeht, aber ich denke, die

Stossrichtung, die ihr aufgezeigt habt, ist sicher die richtige. Es freut uns, wenn ihr so weitermacht und auch in gleicher Geschwindigkeit.

**GR Ricklin:** Ich möchte mich beim Stadtrat und beim Stadtpräsidenten herzlich bedanken, ganz besonders für das umsichtige Vorgehen, das sorgfältige Planen und Arbeiten. Wir spüren in der SVP-Fraktion, dass gearbeitet wird, wir haben nichts Anderes gedacht oder auch erwartet und so, wie wir es gehört haben, ist das auch erfolgt, wie wir es uns vorgestellt haben. Wir finden es gut, dass die verschiedenen Projekte aufgleist werden, dass der Auftrag des Volks wirklich umgesetzt wird. Das ist uns ein Anliegen. Die Mehrheit bestimmt, das ist einfach so, aber dass trotzdem minutiös und seriös vorbereitet wird und es nicht ein Schnellschuss wird und wir alle am gleichen Strick ziehen. Ich finde es auch richtig. Dass man aber hier drin gewisse Wörter diskutiert, die immer wieder fallen, das sollte in meinen Augen nicht sein. Man kann auch miteinander diskutieren, ohne dass man einander wüste Vorwürfe macht. Ich glaube, das hat jeder nicht gern, wenn das stattfindet, vor allem wenn es nicht der Wahrheit entspricht.

**GR Rüegg:** Ich möchte mich auch bedanken für die Informationen, welche uns im positiven Sinn auch überraschen – nicht über alle Massen, aber wir hätten dazu etwas zu sagen. Ich möchte aber eine Erklärung abgeben warum. Erstens sind diese Worte nicht hier drin gefallen, hier drin habt ihr schon ganz andere Wörter gebraucht. Es ist ein Zitat aus der Zeitung. Warum wir ein bisschen konsterniert waren ist, dass nach dem 7. März zwischen dem Stadtrat und den Initianten kein Austausch stattfand. Wenn es diesen gegeben hätte, hätten wir uns respektvoll behandelt gefühlt. Dass das nicht passiert ist, hat uns verwundert und wir haben uns gefragt, was jetzt passiert. Jetzt erfahren wir es und vielleicht war das von uns im Vorfeld ein bisschen falsch eingeschätzt, aber das hat etwas mit der Kommunikation zu tun. Wir haben heute Abend im Zusammenhang mit dem Geschäftsbericht gehört, dass ihr sehr viel investiert habt und investieren werdet, wie die Stadt kommuniziert mit den Bürgerinnen und Bürgern und vielleicht auch mit solchen Gremien wie diesem Komitee. Was ich jetzt sage, sage ich nicht im Auftrag des Komitees, kann ich gar nicht, ich habe es gar nicht abgesprochen. Ich sage das aus meiner persönlichen Wahrnehmung. Aber ich habe den Eindruck, mit den Aussagen hat sich heute Abend ein Knoten gelöst, den wir lange vor der Abstimmung schon diskutierten. Es gibt einen gemeinsamen Weg zwischen dem, was das Komitee erreichen wollte und mit der Abstimmung erreicht hat und dem, was der Stadtrat erreichen will. Und es bahnt sich an, dass genau das jetzt passiert. Das freut mich riesig und jetzt wünsche ich beiden Seiten – es sind schon keine Seiten mehr – ich wünsche uns allen, dass wir hier im Sinn der Bevölkerung weiterkommen.

**GR Andreas Hebeisen:** Ich möchte eigentlich inhaltlich nichts dazu sagen, aber dem Stadtrat zwei Tipps geben. Lasst euch nicht umtreiben in dieser Frage, bleibt bedächtig, den Volkswillen soll man umsetzen, einverstanden, aber mit bedacht. Wir hatten auch das Beispiel des Boulevards, wo ihr euch auch habt umtreiben lassen, und ich weiss heute noch nicht, was dort herausgekommen ist. Das zweite ist: Bleibt cool. Das mit dem komatösen Tiefschlaf fand ich eigentlich eine originelle Bemerkung, das muss euch nicht zu stark beschäftigen. Derjenige, der das gesagt hat, spricht aus Erfahrung als Vorgänger von euch.

**GR Brändli:** Danke vielmals Jost für deine Wortmeldung. Wir haben daraus gehört, dass ihr trotz der nicht stattgefundenen Zusammenkunft nach dem 7. März die allgemeine Richtung des Stadtrats unterstützt. Ihr anerkennt wohl auch, dass er nicht nur etwas macht, sondern dass er sehr viel macht und in dieser Zeit auch sehr viel gemacht hat. Diesen Weg geht der Stadtrat sicher weiter und ihr seid ja auch ein Komitee, welches auf die Steuergelder schaut. Und ich denke auch, ihr könnt Grösse zeigen, wenn ihr die Initiative, die ihr jetzt startet, versenkt, weil das nur unnötig Steuergelder kostet. Der Stadtrat ist dran, er hat sich heute auch verpflichtet, dranzubleiben. Also vergesst es, trinkt miteinander einen Kaffee und habt ein schönes Wochenende.

#### 16.4 Schriftliche Anfrage "Attraktiver Wochenmarkt"

**Der Ratspräsident:** Ich möchte noch kurz informieren, dass die schriftliche Anfrage "Attraktiver Wochenmarkt" von der FL/G-Fraktion eingegangen ist.

#### 16.5 Nachtrag Traktandum 15 – Schriftliche Anfrage betreffend Kuhbag sammeln mit separater Sammeltour

**GR Huber:** Dass der Stadtrat neben dem Stadthaus weitergearbeitet hat, konnte ich in der Kreuzlinger Zeitung lesen. Vielen Dank Ernst, das mit den Containern für die Kuhbags ist eben cool, wie du es gesagt hast. Im Namen der SP/GEW/JUSO-Fraktion möchte ich mich für die Beantwortung meiner Anfrage bedanken. Es hat relativ viele Abklärungen von Stefan Braun erfordert, der das sehr gut gemacht hat, auch, dass diese Kuhbags weiter an Attraktivität gewinnt. Wir sind ein Volk von Sammlern. Wie mir aus der Bevölkerung bereits mitgeteilt wurde, werden die neuen Sammelstellen am Bärenplatz, beim Blauen Haus und beim Karussell bereits rege genutzt, das Bedürfnis ist ausgewiesen, und wir gehen davon aus, dass sie zukünftig noch mehr genutzt werden. Am 4. Mai wurde in der Thurgauer Zeitung über die Lancierung der Migros-internen Kuhbags in der Zentralschweiz berichtet. Auch dort musste erst der zentralschweizerische Abfallverband darüber bestimmen, ob ihnen das genehm ist, wie es auch beim KVA Thurgau der Fall war. Es ging auch darum, ob der anfallende Restplastik auch weiterhin verbrannt oder eben recycelt werden soll. Das Konzept der Migros ist daher nachvollziehbar und bestechend, da die Kunden beim Einkauf die vollen Kuhbags dort jetzt auch wieder abgeben können, denn die Migros konnte auch die Rückfuhren mit ihrer eigenen Transportlogistik ohne Mehraufwand regeln. Dass der Restplastik einerseits im thurgauischen Eschlikon verarbeitet wird und andererseits die Migros Restplastik vermehrt für neue Produkte verwenden will, bestätigt unsere Bemühungen, und es schliesst sich langsam der Kreis der Produktionskette. Wie heisst es so schön: steter Tropfen höhlt den Stein. Wir werden dranbleiben und der nächste Schritt muss nicht nur sein, dass man das Recycling auch recycelt, sondern dass wir effektiv die Kunststoffverpackungen reduzieren, damit auch deren Produktion reduziert wird. Ganz schön wäre es, wenn ihr unsere Grossverteiler animieren könntet, dass sie diese Kuhbags anbieten, denn zurzeit haben alle diese aus ihrem Angebot herausgenommen. Dies wäre der nächste Punkt, wo ihr euch verbessern könntet. Wir bleiben dran und werden uns vermutlich in fünf Jahren wieder melden.

**Der Ratspräsident:** Die nächste Sitzung findet am 17. Juni statt. Die Stadtkanzlei wird den Ort noch bekanntgeben. Die Sitzung ist geschlossen.

Sitzungsende: 21.40 Uhr

#### Beilagen

1. Schriftliche Anfrage "Attraktiver Wochenmarkt"

#### Geht an

- Mitglieder des Gemeinderats
- Adressaten gemäss besonderem Verteiler

Für die Richtigkeit:

Der Gemeinderatspräsident

Der Sekretär

Der Vizepräsident

Die Stimmenzählerin

Kreuzlingen, 06.05.2021

### Schriftliche Anfrage "Attraktiver Wochenmarkt"

Der direkte Vertriebsweg vom Produzenten zum Konsumenten wird immer beliebter. Lebensmittel Märkte erleben seit Jahren einen erfreulichen Aufschwung. Auch in Kreuzlingen hat sich an der Marktstrasse/Hauptstrasse ein gut funktionierender Markt etabliert. Dieser ist aber den Witterungen völlig schutzlos ausgesetzt. Wind, Regen, Kälte und Hitze erschweren den Betrieb eines attraktiven Marktes für Kreuzlingen.

Beim Umbau des Rathauses an der Löwenstrasse im Jahr 2001, wurde das untere Stockwerk bewusst auch als mögliche Markthalle konzipiert und gestaltet. Vorübergehend wurde dann aber das Feuerwehrmuseum installiert.

Für eine attraktive und zeitgemässe Markthalle wäre das aber auch heute noch der ideale Standort. Im oberen Stock findet der **Markt der Ideen statt.....**  
im unteren Stock der **Markt der lebensnotwendigen Nahrungsmittel.**

#### Folgende Fragen:

- Ist der Stadtrat grundsätzlich auch der Meinung, dass die Stadt Kreuzlingen sich um einen attraktiven Marktstandort bemühen sollte?
- Ist der Stadtrat bereit den Standort Rathaus "Parterre" mit einer bereits vorhandenen zeitgemässen Infrastruktur, in diese Überlegungen mit einzubeziehen?
- Ist der Stadtrat Kreuzlingen bereit mit den Verantwortlichen des Feuerwehrmuseums eine gemeinsame Lösung, zu Gunsten eines attraktiven Marktstandort, zu erarbeiten?

  
Guido Leutenegger



Alexander Salemann

A. Sal

Ribezzi F







Daniel Mead



Jost Luegg



J. Gysi (Jörg Gysi)

F. Merz (Beni Merz)

A. Knecht (ANDRIS KNIGHT)

Addisen (Addisa Hebeisen)

F. Heitz (Fabienne Heitz)

Cyril Heitz

A. (Andreas Hebeisen)

Zuedi Herzog

Kathrin Wittgen

E. Müller (Elina Müller)

Urs Wolf

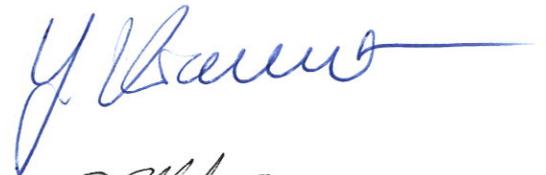
(Urs Wolfender)



V. Färber V. Färber

X. Dahinden

M. M



R. Schläpfer

V. Färber

U. Färber

E. Neuffer

Fabian Neuweiler

Hansjörg Gremlich

 (Dufner)

 (Thomas Pleuler)

Nico Keller

Sabina Jummel



(Ramona Zille)